

Streitabdroffnung statt Industrieorganisation

Der neueste Beschluß der AOB-Bürokratie zur Organisationsfrage auf dem Gewerkschaftskongress

Ein vollkommener Sieg der schwarzen Reaktionen, das ist der mit allen gegen drei Stimmen gefasste Beschluß des AOB-Ausschusses zur Frage: Berufs- oder Industrieverbände in schwerer Sitzung vom 12. und 13. August. Die AOB-Bürokratie hat sich auf den in Leipzig mit 4884 1/2 gegen 1925 9/2 Stimmen gefassten Beschluß fast vollkommen alleinig für seinen Antrag, der in der vorhergehenden Aufschlüsselung noch die Mehrheit auf sich vereinigte, stützen lassen. Nur noch der zweite Vertreter des AOB, Brandes, und vermutlich der Vertreter der Filmgewerkschaft, Die Waplow (Baugewerksbund), Feinhalz (Berlin), Husemann (Bergbau), Hau-eisen (Buchbinder), Weder (Gemeindearbeiter), und Schessel (Eisenbahner) u. a. schwenkten im entscheidenden Augenblick in das Lager der Tarnow, Brech, Grafmann und Genossen ein. Unter Ablehnung bzw. Zurückziehung aller übrigen Anträge wurde eine Entschließung, die dem Breslauer Gewerkschaftskongress zur Beschlußfassung vorgelegt werden soll, angenommen, die sich eingangs in demagogischer Weise „im Prinzip“ für die Schaffung von Industrieorganisationen ausspricht, aber dann in ihrem weiteren Wortlaut nichts anderes will, als die teils wörtliche oder sinngemäße Wiederholung der verurteilten AOB-Streitreglemente.

Was das auf dem Leipziger Gewerkschaftskongress einmütig abgelehnte, aber von einer späteren Bundesversammlung beschlossene Streitreglement, das den ausgesprochenen Zweck verfolgt, die Kämpfe des Proletariats im „Interesse des Wirtschaftslbens“ abzumildern, die letzten Mitgliederrechte bei der Kampfabführung auszuscheiden und die unumschränkte Herrschaft der Bürokratie sicherzustellen, als Ersatz für die notwendige Schaffung von Industrieorganisationen. Das ist das Ergebnis und der Abschluß des heftigen Streites der Bürokraten um die Frage: Berufs- oder Industrieverband.

Somit haben die reformistischen, den Bestand des Kapitalismus stützenden AOB-Führer ihre Masse gelockt. Sie zeigen der deutschen Arbeiterklasse und den Millionen Gewerkschaftsmitgliedern mit zynischer Offenheit, daß sie die Frage der Organisationsform in der deutschen Gewerkschaftsbewegung nur von dem Standpunkt aus betrachten, wie sie ihre reaktionäre Politik und die Unterdrückung jeder revolutionären und Klassenbewußten Bewegung in der Arbeiterklasse durchzuführen können.

Was stand bei der Bürokratie, was steht bei der Mitgliedschaft der Gewerkschaften zur Debatte? Und was hat das Streitreglement mit der Frage der Industrieorganisation zu tun? Das veraltete System der Berufsverbände, die Tatsache, daß in jedem Betrieb mehrere, oft Tausende von Berufsverbänden vertreten sind, hemmt seit Jahren, ja seit Jahrzehnten jeden zielbewußten und einheitlichen Kampf der Arbeiter gegen das Unternehmertum, hemmt auch einen wirklichen geschlossenen Aufbau der gewerkschaftlichen Organisation und verhindert die restlose Ausübung der in der Masse des Proletariats stehenden Organisations- und Kampfkräfte. Die Befestigung dieser Zersplitterung und der Zusammenbruch aller Proletariat eines Betriebes, eines Industriezweiges in eine Organisation ist daher zur Lebensfrage der Arbeiterbewegung, zur Voraussetzung eines erfolgreichen Kampfes gegen das Kapital überhaupt geworden. Dieser Tatsache konnten sich auch die verbittertesten Berufsverbandsanhänger und -bürokraten nicht entziehen, zumal es zwischen den einzelnen Organisationsstellungen zu immer häufigeren Differenzen bei kleineren und größeren Kämpfen, wie auch in der Frage der Organisationszugehörigkeit der einzelnen Arbeiter kam.

Die AOB-Bürokratie hat aber niemals auch nur den Versuch gemacht, daraus die einzig logischen Schlüsselfolgerungen, Schaffung von Industrieverbänden, zu ziehen, sondern sie lag in dieser Differenz nur eine Schwäche der Führer der einzelnen Verbände, die es nicht genügend gut verstanden, den Kampfwillen der Mitglieder, die Streiks zu unterstützen. Und deshalb legte sie dem letzten Gewerkschaftskongress einen Antrag, eben das Streitreglement, zur Beschlußfassung vor. Durch dieses Reglement sollte die letzte selbständige Bewegung der Mitglieder, die Initiative der Masse zum Kampf gegen das Unternehmertum, erstickt werden. Das geht aus folgenden Bestimmungen des Streitreglements hervor. Es heißt da:

„Keine Gewerkschaft darf selbständig für sich allein ihre Forderungen aufstellen, ehe sie nicht mit den übrigen beteiligten Verbänden Rücksprache genommen und eine entsprechende Verständigung herbeigeführt hat... Wird ein Tarifvertrag abgeschlossen, der für die Gesamtheit der Beschäftigten aus allen Betrieben gelten soll, so ist jede berufliche Gewerkschaft auf ihr Verlangen zur Anerkennung des Vertrages als Vertragsteilnehmer mit ihrer Unterschrift zugelassen... In jedem Falle ist Vorbezug zu treffen, daß Mitglieder eines anderen Berufes stets durch einen Vertreter ihrer eigenen Gewerkschaft vor der Tarifkommission vertreten werden können... Bei Streiks, die nicht nach dieser Resolution eingeleitet und nicht vom Betriebsvorstand genehmigt sind, wird die Unterstützung verweigert...“

„Ist es eine Gruppe an der gebührenden Rücksichtnahme auf das Interesse und die Stellung der Mehrheit fehlen, so kann sie nicht verlangen, daß ihr gegenüber Solidarität geübt wird.“

Das sind die entscheidenden Bestimmungen des Streitreglements, das jetzt, wie die „Gewerkschaftszeitung“ offiziell ankündigt, auf dem Gewerkschaftskongress an Stelle eines Beschlusses zur Schaffung von Industrieverbänden ausdrücklich bestätigt und zum Beschluß erhoben werden soll. Das ist auch der wörtliche oder sinngemäße Inhalt der vom Bundesausschuß am 12. und 13. August angenommenen Entschließung zur Organisationsfrage. (Das Streitreglement, das außerdem auch noch als Ganzes beschlossen werden soll, enthält auch noch Bestimmungen, die jeden Streik in den sogenannten „gemeinnützigen Betrieben, wozu neben sämtlichen Staats- und Kommunalbetrieben u. a. auch der Bergbau gehören soll, verbieten.)

„Durch diese Regeln ist eine der Materien... nunmehr für alle dem Bund angeschlossenen Gewerkschaften abgemessen gestellt. (Also hier ist der Zwang, der in der Frage des Industrieverbandes beim Dismann-Antrag von der „Gewerkschaftszeitung“ als gewerkschaftserschließend bezeichnet wird, gestattet.)“

In diesen Regeln sind alle Beziehungen geordnet, die bei dem insamen Lohnbewegungen für die beteiligten Gewerkschaften nur irgendwo in Frage kommen.“

Außer diesen Regeln wird vom AOB-Ausschuß den Gewerkschaften empfohlen bzw. soll durch den Gewerkschaftskongress beschlossen werden, daß die berufsverbundenen Verbände Kartellverträge, wie etwa das graphische Kartell, Metallkartell, Berlin usw., abzuschließen.

Sowohl die Kartellverträge wie erst recht die Annahme der Bestimmungen des Streitreglements, bedeuten nicht nur eine Ablehnung und Verhinderung der Schaffung von Industrieverbänden, sondern auch organisatorisch einen direkten Rückschritt eine Verschlechterung der bisherigen Situation. Es bedeutet eine Konzentration des Systems der Berufsverbände, was das Hemmnis bei Wirtschaftskämpfen, die Beteiligung und das Hineinreden von so vielen Instanzen und Organisationen gegenüber dem einzelnen Unternehmer wird durch diesen Beschluß ausdrücklich bestätigt, ja sogar neu eingeführt. Durch die Kartellverträge werden die Berufsverbände nicht nur ausdrücklich als die gebührende Organisationsform anerkannt, sondern es wird den führenden Organisationen in einem Betrieb dadurch auch verboten und unmöglich gemacht, daß sie die Belegschaftsmitglieder anderer Betriebe in ihre Organisationen aufnehmen. Wenn jetzt noch hinzukommt, daß die Macht und Exklusivgewalt der reaktionären AOB-Instanzen vergrößert werden, so bedeutet das Ganze eine vollkommene Entfesselung des Mitspracherechts der Gewerkschaftsmitglieder, eine Unterbindung und Verhinderung jeglicher konsequenten Kampfes gegen das Kapital. Das ist der Wille und das Streben der AOB-Bürokratie, das liegt auf derselben Linie wie ihr sich unter dem Namen „Wirtschaftsdemokratie“ verbergendes reaktionäres Programm.

Die Mitglieder der AOB müssen aus dieser Sachlage erkennen, welche Gefahr ihnen droht und welche reaktionären und arbeitserfindlichen Beschlüsse auf dem Breslauer Gewerkschaftskongress voraussichtlich gefaßt werden. Denn bei der Zusammenlegung der Delegierten, die zum mindesten 70 bis 80 Prozent aus Gewerkschaftsbürokraten bestehen, ist im Voraus mit der Annahme der vom Bundesausschuß gefassten Beschlüsse auf dem Kongress zu rechnen. Inwieweit der allein gebliebene Dismann mit seinen AOB-Delegierten noch auf dem Kongress Opposition machen wird, ist heute noch nicht ersichtlich, sie wird sich aber gütigstenfalls auf eine Scheinopposition beschränken, um so mehr, als sich Dismann und Genossen in bezug auf konterrevolutionäre Gewerkschaftspolitik nicht im geringsten von Tarnow, Brech und Genossen unterscheiden.

Daraus geht hervor, daß der Kampf um die Umwandlung der rückständigen Berufsverbände in Industrieorganisationen nur von der Masse des Proletariats durchgeführt werden kann und muß. Und hier entsteht den kommunistischen, den oppositionellen Gewerkschaften ein ungeheures Aufgabengebiet. Die Beschlüsse des Bundesausschlusses zeigen, daß die Frage: Berufs- oder Industrieverbände im wesentlichen nicht eine Organisationsfrage, sondern eine Frage: kapitalistische oder revolutionäre Gewerkschaftspolitik, Reformismus oder Klassenkampf bedeutet. Nie und nimmer können sich die Arbeitermassen mit der Entscheidung des Bundesausschlusses und den wahrscheinlichen Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses in der Frage der Industrieorganisation zufrieden geben. Der Kampf muß sofort, schon während und erst recht nach dem Kongress in allen Betrieben und Gewerkschaften aufgenommen, die Massen müssen mobilisiert werden. Es geht um die Erringung der klassenbewußten Gewerkschaftsbewegung.

Einige zehntausende Arbeiter durch Beteiligung an den kapitalistischen Profitten bestechen, wie es die westeuropäische Bourgeoisie mit der Arbeiteraristokratie tut, aber wenn die vielen Willkür des russischen Proletariats „helfen“ sind, dann bitte schön; wir wollen nichts anderes, als die fünfzehn Millionen deutschen Arbeiter „auf diese Weise“, d. h. auf bösschweristische Weise „bestechen“, indem wir die Kapitalisten herauschmeißen und die Fabriken in die Hand eben dieser fünfzehn Millionen Arbeiter übergeben.

Erst gesprochen: die Reise nach Sowjetrußland hat den Delegierten der deutschen Arbeiterklasse gezeigt, daß die Errungenschaften des „Vorwärts“ und der ganzen sozialdemokratischen Propaganda in ganz Deutschland über die „russischen Zerkünder“ Lüge und Betrug sind.

Es gilt jetzt die Lehren aus dieser Erkenntnis zu ziehen. Zunächst müssen die Teilnehmer der Delegation selbst einige Lehren ziehen.

Erstens: Die Delegation hat keine Vergütungsreise unternommen, sondern sie fuhr im Namen und Auftrage der deutschen Arbeiterklasse. Sie darf sich nicht mit der individuellen Aufnahme ihrer Einträge begnügen, sondern muß vor ihrer Mandatgebern, den Arbeitern in den Betrieben und Gewerkschaften Bericht erstatten.

Zweitens: Die mehr als fünfzig Arbeiter, die nach Sowjetrußland gereist sind, müssen sich für die Folgerungen, die sie aus dem, was sie sehen, ziehen, einsetzen. Sie müssen Tausende, Hunderttausende deutscher Arbeiter aufklären, ihnen die Wahrheit sagen.

Drittens: Die Delegation hat, wie ihre bisherigen Augenzeugen in der russischen Presse zeigen, mit eigenen Augen gesehen und öffentlich festgestellt, daß die Sowjetmacht besser ist, als der Kapitalismus. Sie muß einen Schritt weitergehen, wenn sie konsequent und im Geiste von Marx und Engels international sein will. Sie soll ihre Solidarität nicht nur dem siegreichen Kommunismus in Sowjetrußland, sondern auch dem unterdrückten, verfolgten, eingesperrten, kämpfenden Kommunismus in Deutschland entgegenbringen.

Wir fordern von keinem sozialdemokratischen Arbeiter, daß er ohne weiteres seiner Partei den Rücken kehrt und ein kommunistisches Mitgliedsbuch erwirbt. Aber wir fordern von jedem, der überzeugt ist, daß in Sowjetrußland nicht die asiatische Barbarei, sondern das siegreiche Proletariat herrscht, daß er gemeinsam mit der kommunistischen Partei Deutschlands die rote Einheitsfront der deutschen Arbeiterklasse zum Kampfe gegen die Bourgeoisie schließt.

Die ganze deutsche Arbeiterklasse muß sich diese Lehren der ersten deutschen Arbeiterdelegation, die heute von Sowjetrußland heimkehrt, zu eigen machen.

Schließlich müssen auch wir selbst, die KPD, einige Lehren aus der Rußlandreise ziehen. Nämlich:

Erstens: ein Teil der Sozialdemokraten, die in Rußland sich mit den proletarischen Verteidigern des siegreichen Kommunismus verbrüderten, führen von Stettin als ehrliche, aber eigensinnige Feinde des Kommunismus ab. Das eingehende und gewissenhafte Studium der wirklichen Lage in Rußland genügt, um ihnen die Augen zu öffnen. Was geht daraus hervor? Die sozialdemokratische Partei, wenigstens soweit es die Arbeitermassen ihrer Mitglieder betrifft, ist nichts Geistiges, nichts Unveränderliches, nichts Ewiges. Feststehend und unveränderlich ist nur die konterrevolutionäre, verräterische Rolle der sozialdemokratischen Führer, die der Partei ihren offiziellen Charakter geben. Zu gewinnen, zu überzeugen, geistig zu erheben sind dagegen die sozialdemokratischen Arbeitermassen im Betrieb.

Zweite Lehre: Wir müssen erste Schritte unternehmen, um diese Aufgabe zu lösen. Wir müssen dabei auch einige Fehler korrigieren, die wir bisher machten. Wir können nicht nur die sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter gewinnen, sondern wir müssen sie gewinnen, wenn wir siegen wollen. Diesem großen Ziel müssen wir mehr als bisher unsere ganze Arbeit, unsere gesamte Agitation, unsere politischen Lösungen anpassen. Brandler verfuhr durch ein Teufelsmächel mit Feigheit, losgelöst von Betrieben, die Arbeitermassen zu gewinnen. Sein Versuch endete mit einer schmachvollen Niederlage. Aber daraus ist es nicht, daß wir hochmütig auf die wirkliche Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeitermassen verzichten müssen. Im Gegenteil. Wir sind nur dann die einzige Arbeiterpartei Deutschlands, wenn wir an diese Aufgabe und ihr die Stimme der Arbeitermassen verleihen. Wir müssen unserer Agitation den trockensten Beleg geben. Wir müssen unsere ganze Propaganda für Sowjetrußland, für die proletarische Diktatur, für die Revolution mit der gebührenden Agitation für die jetzt mit Wucht hereinbrechenden Tages- und Lohnkämpfe des Proletariats verbinden.

Zweitens: Die Arbeiter, die nach Sowjetrußland fahren, waren nicht nur in der Mehrheit Sozialdemokraten, sondern sie waren auch ausnahmslos freie Gewerkschaftler. Die Lehren ihrer Reise müssen sich nicht nur in der KPD, sondern vor allem im AOB, auswirken. Jeder weiß, welche Folgen die Reise der englischen Gewerkschaftsdelegation unter Führung Barrells in der englischen Gewerkschaftsbewegung hatte. Die Lage in Deutschland ist schwieriger. Aber es ist die dringende Aufgabe unserer Partei, auch in der deutschen Gewerkschaftsbewegung eine englische Entwicklung zu schaffen. Die Reise der Arbeiterdelegation muß der erste Ausgangspunkt dazu sein.

Wir müssen unter eigenes Radbewußtsein (das nichts mit Selbstüberhebung und Arroganz zu tun hat) setzen, was der deutschen Arbeiterklasse jenes proletarische Radbewußtsein überzugeben, das ihr durch die jahrzehntelange opportunistische Entartung der sozialdemokratischen Führer geraubt wurde.

Das sind die wichtigsten Lehren aus der Reise der ersten deutschen Arbeiterdelegation nach Sowjetrußland und in diesem Sinne begrüßen wir sie auf deutschen Boden in der Hoffnung, daß auch sie mit dazu beitragen, den Sieg der deutschen Arbeiterklasse zu beschleunigen im unermüdlichen revolutionären Kampfe gegen die Bourgeoisie und ihre Helfershelfer.

Die Arbeiter der AOB-Turbine Berlin an den Gewerkschaftskongress

(Eig. Drahtb.) Berlin, 3. September.

Der Betriebsrat der AOB-Turbine Berlin hat folgendes mit den Stimmen der sozialdemokratischen Kollegen beschlossenes Telegramm abgeandt:

„An dem 12. Gewerkschaftskongress, Breslau, Gewerkschaftsban. Der Betriebsrat der AOB-Turbine Berlin, verfolgt mit regem Interesse den Gewerkschaftskongress. Im Auftrag der Belegschaft von 4700 Mann fordern wir, daß der Kongress Beschlüsse faßt, die die Wiedereinführung des Achtstundentages, Schaffung von Industrieverbänden, Herstellung der Gewerkschaftseinheit Amsterdam-Roslau zum Ziel haben. Zu diesem Zweck wird offizielle Delegation nach Sowjetrußland gefordert. Der Betriebsrat des AOB kann sich nicht damit entschuldigen, Gründe zu haben, keine Delegation nach dem Ausland zu entsenden. Im vorigen Jahre war Peter Grafmann, der zweite Vorsitzende des AOB, in Begleitung mehrerer Kollegen auf dem Kongress der der Amsterdamer Internationale nicht angeschlossenen American Federation of Labour anwesend. Jetzt kommt die Meldung, daß am 21. September in Amerika eine schon im Vorjahre vereinbarte Delegation des AOB eintrifft. Diese Delegation soll die amerikanischen Arbeitsmethoden und die amerikanischen Gewerkschaften insbesondere der Gewerkschaftsbanken studieren. In der Hauptsache verfolgt sie aber den Zweck, den AOB zur Annäherung an die Amsterdamer Internationale zu bewegen. So selbstverständlich auch für uns der Zusammenschluß der amerikanischen Gewerkschaften mit den Gewerkschaften Europas ist, so selbstverständlich sollte für den AOB der Anschluß Millionen russischer Gewerkschaften sein, zumal diese für den Befreiungskampf aus den Klauen des Kapitalismus wichtige Erfahrungen haben.“

Ein neuer Schritt zur gewerkschaftlichen Einheit

(Eig. Drahtb.) Berlin, 3. September.

Ende voriger Woche fanden im Auftrag des Ortsverbandes Berlin des Freien Eisenbahnerverbandes Verhandlungen mit Vertretern des Bezirks und der Ortsgruppe Berlin des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands statt. Diese Verhandlungen führten zu Vereinbarungen, die die Verschmelzung, den restlosen Wiedereintritt der Freien Eisenbahner in den Einheitsverband gewährleistet. Die Generalversammlungs-Delegierten und Betriebsräte des Freien Eisenbahnerverbandes haben mit allen gegen nur 7 Stimmen die sofortige Verschmelzung beschlossen. Ein Aufruf an die unorganisierten Eisenbahner wurde einstimmig angenommen.

Der 12. Gewerkschaftskongress

4. Verhandlungstag.

Die Diskussion über die Sozialgesetzgebung wird heute fortgesetzt. Für das Verlangen der Gewerkschaften auf diesem Gebiet werden wie immer die Kommunisten verantwortlich gemacht. Zu kürzlicher Verhandlung kommt es, als Genosse Kraus-Stuttgart die geistigen Ausführungen Müllers vom Bundesvorstand gegen Rußland scharf zurückweist. Die Sympathie für Rußland bei der Arbeiterklasse zeigt sich bei den Ausführungen des Genossen Kraus durch starken Beifall und Handklatschen auf der stark besetzten Tribüne. Im Schlußwort spricht Müller von der Objektivität (?) des AOB, Rußland gegenüber. Der Kongress vertagt seine Beratungen um 11 Uhr auf Freitag früh 9 Uhr.

Heraus zu den Unterbezirks-Konferenzen am Sonntag, den 6. Septbr. Abrechnungen und alle Karten mitbringen

Für den Austausch der politischen Gefangenen

Offene Schreiben der Arbeiterdelegation an die Sowjetregierung und die II. Internationale.

Die deutsche Delegation hat während ihres Aufenthalts in Sowjetrußland eine ganze Reihe von Gefangenen befreit. Die Delegation teilt hierbei ihr Hauptaugenmerk auf die politischen Gefangenen, besonders in Georgien. Sie stellt fest, daß die Gefangenen durchaus human behandelt werden. Die Delegation ist sich vollkommen bewußt, daß politische Verbrechen, die in einem Staat begangen werden, wo die Arbeiterklasse die Macht in Händen hat, eine ganz andere Beurteilung verdienen, als die gleichen Verbrechen, wenn sie in einem kapitalistischen Staat begangen werden. Jeder, der sich an gegen Sowjetrußland gerichteten Aktionen beteiligt, oder sie unterstützt, unterstützt dadurch die größten Feinde Sowjetrußlands — die Kapitalisten. Es ist bedeutungslos, ob er dies bewußt oder unbewußt tat, — das Ergebnis ist in beiden Fällen das gleiche.

Über die deutsche Arbeiterdelegation hegt die Überzeugung, daß in der Frage der politischen Gefangenen irgendwelche Schritte getan werden müssen. Seit einigen Monaten gibt es in Deutschland eine Bewegung zugunsten der politischen Gefangenen. Diese Bewegung muß um jeden Preis zu günstigen Ergebnissen führen.

Die Delegation beschloß einmütig, sich an die deutschen Gewerkschaften und die diesen nahestehenden Parteien mit dem Vorschlag zu wenden, bei der deutschen Regierung die Befreiung der politischen Gefangenen durchzusetzen. Darum wenden wir uns auch an die Sowjetregierung mit der Anfrage: Ist sie bereit, auf Grund des von der II. Internationale gerichteten Aufrufs, der bisher leider ohne Antwort geblieben ist, ihrerseits ihre Einwilligung zur Vornahme eines Austausches von politischen Gefangenen zu geben, wenn die II. Internationale die von der II. Internationale vorgeschlagenen Bedingungen annehmen sollte?

Die Hauptfragen, die in diesem Antrag berührt werden, können in folgender Weise formuliert werden:

1. Die Fürsorge für die politischen Gefangenen muß in allen Ländern auf Grund einer gegenseitigen Vereinbarung durchgeführt werden. Die II. Internationale verpflichtet sich, die volle Einwilligung der Sowjetregierung zum Austausch der politischen Gefangenen zu erlangen. Gleichzeitig muß die II. Internationale sich verpflichten, auf alle Regierungen, in denen sie Vertreter hat, in entsprechender Weise einzuwirken, damit der Austausch ein gegenseitiger wird.

2. Falls der obige Vorschlag angenommen werden sollte, verpflichten sich beide Teile, einander über die Lage der politischen Gefangenen gegenseitig in Kenntnis zu setzen und die beiderseitige Hilfe möglichst umfangreich zu gestalten.

Erste deutsche Arbeiterdelegation:
Freiberger, Hans Bek, G. Weik, Arthur Behner, Thomas Staubl, Eduard Marre, Willy Benefis.

Feiler des Imperialismus

Zum Abschluß des Marzeller Kongresses

„Wenn wir es wagen, offen zu sein, müssen wir die Tatsache anerkennen, daß während ihres dreijährigen Bestehens seit ihrer Reorganisation in Hamburg die Sozialistische Internationale keine effektive Rolle im öffentlichen Leben Europas gespielt hat. ... Hat sie Polnars auch nur eine schlaflose Nacht verbracht oder hat sie das Vorgehen von Rainier in Marokko auch nur für fünf Minuten gelächelt, oder das von Mr. Chamberlain in England oder in Shanghai? ... So verurteilt der Sozialdemokrat S. N. Brailsford, der Redakteur des „New Leader“, des Organs der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands, die Tätigkeit der 2. Internationale, deren Kongress jedoch in Marzelle zu Ende gegangen ist. Und Paul Levi, dessen Optimismus in die fernere Entwicklung der SWI. übrigens unbegrenzt ist, charakterisiert ihre bisherige Arbeit auch nicht sehr schmeichelfhaft. „Resolutionen bei allen vorkommenden Angelegenheiten: brav, wieder, ein wenig gefroren in der Form (da der glänzende Stilist Levi an ihrer Abfassung ja nicht beteiligt ist), ein wenig Heresie in den Wendungen und neuerlich wirkende im deswegen, weil sie einem bei der Bedeutungslosigkeit ihres Inhalts schon längst wieder entfallen sind. So wie jene junge Dame sagte: „Ich tanze schon 20 Jahre Baustanz, und er ist noch wie neu.“

Das ist also das Urteil über die Organisation, die sich in ihrem Tätigkeitsbereich einer Mitgliederzahl von 7 Millionen und einer Wählerzahl von 25 Millionen rühmt, die stolz darauf ist, über 1000 Vertreter in den Parlamenten von 24 Staaten zu haben und deren Mitglieder in den Regierungen zahlreicher Staaten gesessen haben oder noch sitzen.

Hat Marzelle, der Kongress, der in einer weltgeschichtlich so bedeutungsvollen, einer so ereignisreichen Zeit getagt hat, irgend etwas gebracht, das für die Zukunft darauf schließen ließe, daß die 2. Internationale über Resolutionen hinauskommt? Wir Kommunisten stellen diese Frage nicht für uns, wir haben schon vor dem Beginn der Konferenz gesagt, was von ihr zu erwarten ist. Aber Millionen von Arbeiter aller Länder, die noch immer in den Parteien der 2. Internationale Arbeiterparteien sehen, hatten ihre Augen auf Marzelle gerichtet und ihre Hoffnungen auf die Beschlüsse des Kongresses gesetzt. In allen Staaten verschärfen sich die Angriffe des Kapitalismus auf die ohnehin ungenügende Lebenshaltung der Arbeiter. Überall werden fieberhafte Kriegsvorbereitungen getrieben. Aus Marokko kommen täglich Bewundernstransporte zurück; die chinesischen Arbeiter haben in einem Hilferuf die Streikenden erbeten. Welche Antwort würde all den Ausgebildeten, Terrorisierten, zur Schlachtbank Getriebenen, die noch gläubig in den in Marzelle versammelten Delegierten ihre Führer und Helfer sehen?

Aus allen Berichten ist bereits deutlich genug hervorgegangen, daß innerhalb der Zweiten Internationale selbst eine tiefe Kluft besteht. Die beiden Flügel sind nicht durchaus gleichgültig mit den Resten der Londoner Internationale und der Wiener Arbeitsgemeinschaft, die sich in Hamburg vereinigt haben; ein Zeichen dafür, daß von uns der Charakter der 2. Internationale richtig eingeschätzt worden ist. Die Angriffe der Engländer haben den Kongress gezwungen, Kompromißformeln in seine Resolutionen hineinzunehmen. Man hat, um den Zwiespalt nicht zu deutlich werden zu lassen, sich radikal gebunden müssen, als es den meisten Teilnehmern des sind als „Resultat“ von Marzelle zu verzeichnen!

Der Hauptangriff der Unternehmer in allen Staaten richtet sich gegen den Achtfundentag. Der Kongress beauftragt die Exekutive der SWI. mit der „unermüdlichen internationalen Propaganda“ für die Verwirklichung der achtstündigen Arbeitszeit. Er „kennt die Aufmerksamkeit der Arbeiter der Welt auf die Tatsache, daß das Washingtoner Abkommen von vielen Staaten noch nicht ratifiziert ist“, „fordert von allen parlamentarischen Vertretungen, daß sie keine Gelegenheit vorbegehen lassen, ohne in den Parlamenten für die Ratifizierung einzutreten“, er „erinnert“ schließlich daran, daß „jede

Staat, der den Verfallenen Vertrag unterzeichnet hat, moralisch verpflichtet ist, den Achtfundentag zu verwirklichen“ — das ist alles.

Es ist ein Beispiel für die Behandlung aller anderen Fragen, die zur Diskussion gelangt haben. Die Abwägung der englischen Opposition in der Kommission über die Arbeitslosigkeit und die arbitrarie Verteilung der Dawes-Abmachungen durch die französischen und deutschen Delegierten ist bekannt. Der Völkerverbund wird aufgegeben, obwohl eine sehr deutliche Charakterisierung seines Regimes durch die Sozialdemokratische Partei des Saargebietes vorliegt, trotzdem die Art der „Sanierung“ Oesterreichs genügend bekannt ist, trotzdem die elenden Schaulier vor Marzelle doch kein Verlangen in jeder Aufgabe, die in sein Bereich gefallen war, nicht leugnen können. Es wurde festgestellt, daß die Friedensverträge eine starke Gefahr für den Frieden bilden. Aber glaubt man, daß etwa ein belgischer oder ein schweizer Regierungssocialist ihre Revision verlangen wird, daß die Zweite Internationale ihren Mitgliedern, die an der Regierung teilnehmen, es auch nur aufgetragen hat? Als MacDonald an der Regierung war, hat er seinen eigenen Parteigenossen Henderson besawouiert, als dieser von der Notwendigkeit der Revision des Verfallenen Vertrages sprach.

Zur Befestigung der Schmach des Marzeller Kongresses wird die Kontrolle des Risgebietes durch den Völkerverbund empfohlen. Und das Mandat über die Völkerverbunds-Kolonie kann natürlich einem imperialistischen Staat übergeben werden. Den unterdrückten Völkern würde der „heilige Grub“ des Kongresses übermitteln. Aber die Aufforderung zum Boykott der Kriegsinindustrie, zur Behinderung der Munitionstransporte oder gar die Aufforderung an die Soldaten der imperialistischen Angreifer, das „Nie wieder Krieg“ wahrzumachen, hätte eine Verhöhnung der herrschenden Klasse dargestellt.

Man hat in der Rußland-Frage den gerissenen Formulierungen Bauers zugehört. Aber in dem Bericht der Exekutive steht der Satz: „Früher handelte es sich darum, die Anerkennung Rußlands zu erreichen und es vor der militärischen Intervention der kapitalistischen Mächte zu schützen, momentan muß uns aber die Verteilung der Nachbarn Rußlands gegen die imperialistische Angriffspolitik Rußlands nicht weniger beschäftigen.“

Und in der Ballfrage hat man sich trotz der offenen Sprache der bürgerlichen Presse, die den Zweck des Garantievertrages mehr als einmal genügend charakterisiert hat, rückhaltlos dafür eingelassen, trotzdem Levi und Lum. ihn vorzüglich kennzeichnete, indem er erklärte: „Der Bolschewist Chamberlain und der Minister Hindenburg haben nichts anderes getan, als die Gedanken wieder aufgenommen, welche die 2. Internationale im Jahre 1912 ausgesprochen hat.“

Dieses Selbstbekenntnis, die Identifizierung der Ansichten der Sozialistischen Arbeiterinternationale mit den Plänen der unverschämtesten Imperialisten genügt zur Charakterisierung des Kongresses vor Marzelle. Wie sagt doch der Sozialdemokrat Brailsford in dem schon erwähnten Artikel: „Wir, wie auch die französische Partei sind ein Pfeiler des kapitalistischen Imperialismus gewesen.“

Nach diesem Kongress kann man nur sagen: Die 2. Internationale ist es auch geblieben!

Wieder haben die Arbeiter, die auf sie vertrauten, eine Enttäuschung erlebt. Es wird nicht die letzte sein; es ist nach allen Erfahrungen klar, daß nicht einmal die zahllosen Resolutionen vor Marzelle zur Ausführung gelangen. Und keinen anderen Ausweg gibt es, um diese Enttäuschungen zu vermeiden, als gemeinsam mit der kommunistischen Internationale zu kämpfen, die zwar nicht mit solchen pomphaften Zahlen von Ministern prunken kann, dafür aber nicht aus einander widerstrebenden, von hundert nationalistischen Gründen bewegten Helfershelfern ihrer Bourgeoisie, sondern aus eisernen, in einem Marschschritt voranrückenden Bataillonen besteht, die ein einziger Gedanke führt — die Revolution!

Hindenburg hat das Uniformverbot aufgehoben

Berlin, 3. September.

Durch das Reichswehrministerium wird bekannt gegeben, daß Hindenburg die Verordnung Eberls vom 30. August 1921 über das Verbot des Uniformtragens mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Unterzeichnet ist dieser Aufhebungserlass am 26. Aug. und abgedruckt vom Reichswehrminister Gehler. Eberls Verordnung stützt sich auf Artikel 48 der Reichsverfassung, der vom Reichstag vorgegriffen hat, jeder mit dem Recht zum Tragen der Uniform verabschiedete Heeresangehörige nun wieder die Befugnis, Uniform zu tragen mit dem ganzen Zubehör. Wahrscheinlich ist die Erleichterung zu diesem Gottesgnadenverbot dem hochgestellten Herrn Generalfeldmarschall — so wird Hindenburg in einem Schreiben des deutschvölkischen Offiziersbundes angedeutet — gekommen während seiner vertraulichen Unterhaltungen mit Ruprecht von Bayern und anderen monarchistischen Freunden.

Die Ueberschüsse der deutschen Dawes-Eisenbahn

Die deutsche Reichsbahn hat vor kurzem einen Bericht über ihre Geschäftsergebnisse in den letzten Monaten veröffentlicht. Der Bericht reicht in seinem Zahlenmaterial zwar nur bis zum 1. Juni, läßt aber doch einigermaßen die Geschäftsverhältnisse des Betriebes erkennen. Die ordentlichen Ausgaben der Reichsbahn betragen im März 308 Millionen Goldmark, im April 296 Millionen, im Mai 290 Millionen Goldmark. Von diesen ordentlichen Ausgaben betragen die persönlichen Ausgaben, also für Löhne und Gehälter, monatlich im Durchschnitt ungefähr 200 Millionen Goldmark, der Rest sind sachliche Ausgaben: Reparaturen, Materialanschaffungen usw. Dazu kommen noch außerordentliche Ausgaben. Diese betragen sich im März auf 26 Millionen, im April auf 23 Millionen und im Mai auf 25 Millionen. Wir stellen nun der Gesamtsumme der Ausgaben die Einnahmen in den drei genannten Monaten gegenüber.

	März	April	Mai
Einnahmen:	360 Millionen	389 Millionen	390 Millionen
Ausgaben:	334 „	319 „	315 „
Ueberschuß:	26 „	70 „	75 „

Der amtliche Bericht der Reichsbahn erklärt, daß die Lage im März unnormal gewesen sei, der Betrieb wäre in diesem Monat „nicht unbedeutenden Störungen durch Teilstreiks und ungünstige Witterungsverhältnisse ausgesetzt gewesen“. Die folgenden Normalmonate zeigen jedoch einen ziemlich ständigen Ueberschuß von 70 Millionen und darüber. Gegenüber den Lohnforderungen der Eisenbahner behauptet nun die Reichsbahn-Gesellschaft, daß sie die Ueberschüsse zur Reparationszahlung braucht. Es ist richtig, daß die Reparationsbelastung der Eisenbahn vielleicht die schwerste Last ist, die der Dawesplan der deutschen Wirtschaft auferlegt. Aber daraus folgt noch lange nicht, daß diese Last von den Eisenbahnern allein getragen werden muß. Der Dawesplan unterlag es durchaus nicht, daß die Eisenbahn unter schwierigen Umständen durch Zuschüsse aus der Reichskasse gestützt wird.

In der Reichskasse wäre für diesen Zweck Geld genug. Der Reichsfinanzminister von Schlieben mußte im August im Reichstag zugeben, daß er einen Kassenbestand von 800 Millionen

Vom Tage

Die 35. Sitzung des Völkerverbundes wurde gestern von Briand in Genf eröffnet. Die Sitzung wird sich morgen mit der Wollfrage beschäftigen.

Die französisch-spanische Flotte wurde bei einem Versuch, an zwei Punkten in der Alhucemas-Bucht Landungstruppen auszuladen, von den Riffablen gehindert.

Gestern vormittag startete im Auftrag der Reichsfinanzverwaltung das Zerstörerflugzeug S. 23 auf dem Tempelhofer Flugplatz mit neun Millionen Pfund Explosivmaterial nach London.

In ganz Indien finden Massenversammlungen der Mostem statt, die ihre Enttäuschung über die Nachrichten von der Behinderung Medinas durch die Mahabiten zum Ausdruck bringen.

Der Streit im amerikanischen Steinkohlenbergbau hat zur vollkommener Stilllegung des Kohlenbergbaues und zur Schließung von Eisenbahnwerkstätten geführt.

Goldmark hat. Inzwischen ist dieser Kassenbestand noch gewachsen. Die Reichsbahn soll sich gefälligst an Herrn von Schlieben wenden und den Arbeitern und Beamten die so bitter notwendigen Lohnzulagen nicht verweigern.

Die zweite Lehrerdelegation nach Sowjetrußland

Am 29. August 1923 ist von Stettin die zweite Gruppe der internationalen Lehrerdelegation, die aus Teilnehmern aus Frankreich, Belgien, Deutschland, Italien und Luxemburg besteht, auf Einladung des Verbandes der Bildungsarbeiter der Sowjetunion nach Leningrad abgereist. Die Aufgaben und Ziele aus dieser Delegationsgruppe sind, sich ein eigenes Urteil über die kulturellen und schulischen Einrichtungen zu verschaffen und dann in Westeuropa aus eigenen Eindrücken und Erleben ein wahrheitsgetreues Bild über das Rußland der Arbeiter und Bauern zu geben. Von bekannten Pädagogen, die sich an dieser Reise beteiligen, nennen wir u. a. Dr. Felix Karsen, Neutösch (SWI.), Direktor der Lehrerschule im Kaiser-Friedrich-Gymnasium, Direktor Witz (SWI.), Leiter des Ostar-Heinrich-Krippelheim in Salsen, Hartig, Leipzig (SWI.), Leiter des Arbeiterbildungsinstituts Leipzig, dem die Leipziger Gewerkschaften angeschlossen sind. Van de Moortel, Brüssel, parteilos, pädagogischer Sekretär der Internationale der Bildungsarbeiter, und Henry Clement, Luxemburg, Sekretär der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Luxemburgs, der jedoch vom Marzeller Kongress zurückgetreten ist, wo er Delegierter seiner Sektion war.

Die Juristentomödie in London

In London hat die famose internationale Juristenkonferenz zur Prüfung der Sicherheitsfrage begonnen. Vier würdige Rechtskenner haben sich zusammengefunden. Der deutsche Rechtsfachverständige ist Dr. Gaus vom Auswärtigen Amt, da Herr Niedner leider unabschämlich ist, der englische Staatsjurist heißt Hurst, der französische Frontageot. Im letzten Augenblick ist auch noch ein Mussolini-Jurist aus Italien gekommen: Herr Diloti, ob er den Faschistenknüttel gleich mitgebracht hat, ist uns nicht bekannt.

Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse verfolgt die Arbeit der vier Juristen mit größter Ehrfurcht. Tatsächlich vollzieht sich in London eine langweilige Komödie. Die 4 Herren sollen die Sicherheitsfrage auf einer Grundlage prüfen, die es gar nicht gibt, nämlich auf der Grundlage des Völkerrechts. Das sogenannte Völkerrecht der Bourgeoisie beruht auch heute noch auf dem Grundsatz, daß die große Kanone recht hat und die kleinere Kanone unrecht. (Siehe China, Marokko, Syrien.) Vor allem aber ist die Frage des Sicherheitspacts gar keine juristische Frage, sondern eine rein politische. Ob Deutschland einen kommenden Krieg der Entente gegen Rußland mitmachen soll oder nicht, das ist ein rein politischer Gesichtspunkt und das hat mit Völkerrechtspatragraphen nichts zu tun. Das alles wissen die beteiligten Regierungen ebenbürtig wie wir. Trotzdem führt man das Juristen-Theater in London auf, um die Sicherheitsfrage zu verschleiern. Man will Zeit gewinnen. Denn am 15. September beginnen wieder die Wirtschaftsverhandlungen zwischen der deutschen und der französischen Bourgeoisie. Dabei wird sich alles weitere entscheiden. Die Entscheidung über den Sicherheitspact fällt nicht bei den Paragrafenjuristen in London, sondern auf den Konferenzen der deutschen und französischen Eisenkönige und bei den Besprechungen der Bankdirektoren aus Newyork, London, Paris und Berlin.

Verantwortlich für den gesamten Text: Richard Schulz, Breslau; Uebersetzer: Arthur Kallert, Breslau; Verlag: Schleifische Verlagsgesellschaft, S. m. b. H., Breslau; Druck: Neumann-Berlin, Rudolfsplatz Breslau

Liebig- Theater

Ab Dienstag,
den 1. September
Täglich 8 Uhr:

Das große
Eröffnungs-
Programm!

Gastspiel
Gerace Goldia
Der berühmte
Musikant
i. a.: Das Verfügen
einer Dame

Walter Steiner
Deutschlands
Weißer Humorist

**Rifter und
Partner**
Die Weltrennen

3 Pepescus 3
Reus am 3. und 4. Act

**Saczi und
Henni**

Moderne Tänze

Fuji-Familie
Die unerreichten
Japaner

**Das
Affentheater**
von Herrn Reich:

**Nicel und
Martin**

Kunstreiber
Eben Leeds

Jongleure

Wochenspielfplan

vom Sonnabend, d. 29. August bis Freitag, d. 11. September

Roberttheater

Mittwoch, d. 2. September
abends 8 Uhr

Donnerstag, d. 3. September
bis Freitag, d. 11. September
abends 8 Uhr

Thaliatheater

Sonnabend, den 29. August
abends 8 Uhr

Sonntag, den 30. August
bis Freitag, den 11. Sept.
abends 8 Uhr

Festausführung!
„Gefährlich“ Schauspiel
von John Galsworthy

Festausführung!
„Weisheit“ Komödie
von Hans Alfred Sihn

ZUM INTERNATIONALEN JUGENDTAG ERSCHEINT



DER INTERNATIONALE JUGENDTAG

4. SAMMELBUCH ÜBER PROLET. GEDENKTAGE

Diese Broschüre gibt eine ausführliche und übersichtliche Darstellung über die Entstehung und Entwicklung des internationalen Jugendtages. Sie stellt eine kurze Geschichte der proletarischen Jugendbewegung dar, ohne die der internationale Jugendtag unverständlich bleibt. Von jedem Jugendtag, von dem auch keiner unser mehr oder weniger schweren Opfern stattfand, wird ausführlich berichtet. Eine Reihe von Lesestücken und Gedichten sowie charakteristische behördliche Dokumente bilden den Anhang, und so stellt diese Broschüre eine wichtige Erscheinung für jeden an der Jugendbewegung Interessierten dar.

88 Seiten / Preis bis zum 6. Sept. 60 Pf., ab dann 80 Pf.

VERLAG DER JUGENDINTERNATIONALE WIEN VII
BURGGASSE 24

Schlesische Wäschefabrik

Ullrich & Krause
Dickhuhstraße Nr. 2

liefert Bett-, Leib- und
Tischwäsche reell u. billig

Schauspielhaus

Operettenbühne
Telephon-Ring 2545

Täglich
8 Uhr abends
Riquette

Nähmaschinen

für Hausgebrauch u. Gewerbe
in verschiedenen Systemen und
Möbelausstattungen
sowie Versenkmaschinen

Josef Greulich

17 Hummerel 17
Fernspr.: Ohle 6357

Best eingerichtete Reparaturwerkstatt.
Erleichterte Zahlungsbedingungen!
Bitte auf Vornamen u. Haus-Nr. achten!

H. Döhnel, Schneider

Reichenbacher-Strasse 54
Kolonial- und Gemischtwaren
Goden, Strümpfe, Hofenträger

Adolf Menzel

Landeshut i. Schl.
Motorfahrzeuge :: Fahrräder
Nab-Maschinen :: Auto-Bereifungen
Reparatur-Werkstatt
Emailier- u. Autogene Schweiß-Anlagen

Bettbezüge

Netztücher, Jalousie,
Sandt., Genden,
Unterzüge, fertige
Betten

stets gut und preisw.

Leibhaus
Treibitzer Straße 21.



PEUVAG

Papier- Erzeugungs-
und Verwertungs-
Aktien-Gesellschaft
Berlin

Filiale Breslau
Treibnitzer Str. 50

Abteilung:
Buchdruckerei

Wir stellen ver-
einigte Berechnung

Programme

Eintrittskarten

Briefbogen

Plakate

Rechnungen

Flugblätter

alle Drucksachen

für
Private, Vereine
und Behörden



Berufskleidung am Wachtplatz

Telephon Ring 1724 Inhaber E. Abraham Friedr.-Wilh.-Str. 12

Bekleidung für **alle** Berufe

Spezialität:
Windjacken, Sommerjoppen, Sporthosen

Kittel für den **Roten Frontkämpferbund**

5.95 Mark

Beachten Sie unsere Schaufenster!



Bückerplatz 4

Otto Riebeth, Dampf-Bäckerei

Ober-Hermsdorf

empfehlen
Qualitätswaren

Neu eröffnet!

Haus- u. Küchengeräte

Max Blum

Nikolaiplatz Nr. 2

Beachten Sie bitte meine
enorm billigen Preise

Führer durch die Geschäftswelt für Arbeiter, Angestellte und Beamte von Breslau.

SINGER
Einfach zu bedienen
Nähmaschinen
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Singer-Läden überall

Sehr vorteilhaftes Einkaufshaus
für Damen- und Kinder-Bekleidung
Auf Wunsch Maßanfertigung

Mäntel, Kostüme, Röcke, Kleider, Blusen
Wäsche, Trikots, Strümpfe
Woll- und Strickwaren / Seidenstrick
Höchste Leistungsstärke infolge
Selbstanfertigung

Max Holzer, Breslau I
Reuschstrasse 57
Ecke Reußenohle

Albert Wagner
Friedrich Wilhelmstr. 26 u. 28
Modewaren
Damenkonfektion Brautausstattungen

Mohr & Co.
Schuhhaus
Poststrasse 2, Ecke Ohlauerstr.

Brauerei und Ausschank
Zum grossen Meerschiff
Inhaber Erick Vogel Reuschstr. 28 (1 Min. vom Königsplatz)
Ausschank nur selbstgebrauter Biere
Herkannst gute Küche - Mittagsstich von 12-3 Uhr

Nähmaschinen - Fleming
liefert gut und preiswert
Zajchenstr. 31 (Schulhaus)
Zeitahlungen - Reparaturen

Wilhelm Vogel
Schuhwaren
Friedrich-Wilhelm-Straße 66
Gegründet 1880

Ossyra's
Likörstuben

Baudachs Festale
Frankfurter Straße 1749
umfasst seine Lokale für
Festlichkeiten
Jeden Sonntag Tanz

Trinkt
Nitschke-Korn
Krem u. Liköre

August Karrasch
Schuhwaren
Treibnitzer Straße Nr. 21
Reparatur-Werkstatt

Fahrräder in allen
Preislagen
ausgangsgerechte Service
Bequeme Teilzahlung
5 u. 10 %, Ombitzstraße 11

Karsunky & Co.
Rosenthalerstraße 2 - Ecke Matthiastraße
Möbel-Teilzahlung

Kleiderstoffe, Baumwollwaren, Wäsche
kauft man am billigsten bei
Fraenkel & Blick
nur Schmiedebrücke 3/4
Wir unterhalten keine Filialen

**Fahrräder auf
Teilzahlung**
Drong, Fahrradhandlung
Altbückerstraße 59 an der Ohlauer Str.

Alexander Wojtko, Likörfabrik
Klosterstraße 35/37 :: Tel. Ohle 5984
Filiale
Siebenbrunnstr. 18 :: Tel. Ohle 5161

Fahrräder u. Zubehör
in allen Preislagen - Selbst-Teilzahlung
Zajchenstr. 31 (Schulhaus)
Eisenplatz, Ecke Telegraphenstraße

Zentral-Ballsaal
Westendstrasse 50/52
Jeden Sonntag Tanz
Der Saal ist für Vereine bestens geeignet

Herrn- und Damenräder
zu günstigen
Zahlungsbedingungen gibt ab
Fahrrad-Handlung
Neumarkt 38 u. Schwenkfeldstr. 7

Zigaretten, Zigaretten, Tabate
Richard Hübner
Bismarckstraße 33

Hedwig Böhm
Friedrich-Wilhelm-Straße 61
Blusen / Kleider / Röcke
Maß und Lagerwaren

Oskar Heymann
Drogenhaus
Albrechtstraße 47 und Neumarkt 18
Wirtschafts-Artikel

St. Hubertus - Festale
Friedrich-Wilhelm-Straße 32
empfehlen Saal und Vereinszimmer
für Vereine und Gesellschaften
Neue Bewirtung

Thomas & Exner
Am Rathaus 25
Damenkleiderstoffe
Wachstoffe Herrenstoffe Seidenstoffe

Oskar Baum
Sternstrasse 77, Ecke Hedwigstr.
Wäsche / Schürzen / Kleider

Kaufhaus Gertrud Salz
Neudorfstrasse 76
Vorzugspreis dieses Artikels 2 Proz. Rabatt!

M. Riedel
Färberei und Chemische Wasch-Anstalt
Filialen in allen Stadtteilen

Schuhwaren, Lederausschnitt
Anton Beier
Altbückerstr. 23

Naumann Nähmaschinen
Alfred Schlesinger
Schmiedebrücke 29a
Teilzahlung gestaffelt

12. Deutscher Gewerkschaftskongress

„Wir, der ADGB, haben Deutschland vor dem Bolschewismus gerettet“

Das Problem der Wirtschaftsdemokratie, für das die Jüdischen in seinem Referat sich so warm einsetzten, brachte am dritten Verhandlungstag eine lebhaft diskutierte. Wieder waren es die kommunistischen Delegierten, die durch ihren entgegengesetzten Kampf auf dem Kongress auch in der Frage der Wirtschaftsdemokratie einen energischen Kampf führten und so die Aufmerksamkeit auf sich lenkten. Alle Anträge, die den Klassenkampf verlangen und die Stimmung der Gewerkschaftsmitglieder aus dem Reich wiedergeben, wurden brutal abgewürgt. Vaeplov, der ruhende Pol auf dem Kongress will mit einigen Sähen den Klassenkampf durch die Wirtschaftsdemokratie ersetzen. Zur Vernichtung der Kommunisten hat er auf dem Kongress zwei Broschüren gegen die Kommunisten verteilen lassen. Die wankenden Gestalten mit Dörmann an der Spitze führen gegen den Bundesvorstand einen Scheinkampf. Bei jeder entscheidenden Abstimmung fallen sie um. Die Metallarbeiterdelegation muß einsehen, daß ihre Opposition gegen den Bundesvorstand einen Dreck wert ist.

Nachdem die Leitung des Reichsbanners in Erfahrung gebracht hat, daß der Kongress im Zeichen schwarz-rot-gold stattfindet, gibt er seiner Verungung darüber Ausdruck, durch ein Telegramm, das der Vorsitzende vor Eintritt in die Mittagspause bekannt gibt. Der Vorstand des Reichsbanners hofft, daß der ADGB mit dazu beiträgt, die Republik zu erhalten, und sie mit sozialem Inhalt zu erfüllen. Dieses Telegramm wird mit Beifall aufgenommen. Es paßt sehr gut zu der Arbeit, die der Kongress bis heute geleistet hat und auch weiter leisten wird. Deshalb auch Wirtschaftsdemokratie mit den Zöllen und Steuertrübsen, die als Reichsbannerkeute im Zentrum sitzen.

Damit die Delegierten auf dem Kongress eingehend über die Tätigkeit der 23 Disziplinarkommissionen in Sachsen unterrichtet werden, ist auch das Mitteilungsblatt Nr. 6 der sächsischen sozialdemokratischen Landtagsfraktion dort eingetroffen. Wenn schon der Bundesvorstand seine verräterische Politik durch den Kongress sanktionieren läßt, warum sollen es nicht auch die 23 aus Sachsen.

Der Kurs, für den der Kongress bereits für die Zukunft die Richtlinien festgelegt hat, bedeutet die weitere Verelendung der Arbeiterklasse. Die heutige Tagung ist für die Arbeiterklasse von sehr großer Bedeutung.

Sitzungsbericht vom 3. Verhandlungstag

Als erster Diskussionsredner sprach G. L. S. von der Bauhüttenbewegung. Er sieht darin den Weg zum Sozialismus und verlangt, daß diese Methode nicht nur im Baugewerbe, sondern in allen Industriezweigen angewendet werden müsse. (Also, Schluß mit dem Klassenkampf - Konkurrenzkampf auf kapitalistischer Grundlage gegen das Unternehmertum auf der ganzen Linie!)

Eggert vom Bundesvorstand begründet die drei vorliegenden Resolutionen des Bundesvorstandes. Dieser Sonderbare „Sozialist“ und „Marxist“ fordert die deutsche Wissenschaft auf, sie möge nach wissenschaftlichen Methoden feststellen, wo die Freiheit der deutschen Wirtschaft zu suchen sei. Im übrigen stellt er sich in Bezug auf Wirtschaftsdemokratie ganz auf den von Jüdel vertretenen Standpunkt.

Seine man - Frankfurt (Holzarbeiter) verlangt eine aktive politische Betätigung der Gewerkschaften. Nur wenn die Gewerkschaften um die politische Macht kämpfen, werden wir auf wirtschaftlichem Gebiet weiter kommen.

Gegen die reformistischen Illusionen

Genoss. Krauß:

Die von Jüdel vorgetragene Wirtschaftsdemokratie ist die Fortsetzung der Arbeitergemeinschaft. Die Folge wäre: Die Gewerkschaften haben sich mit der privatkapitalistischen Wirtschaft abgefunden. Der Militarismus ist überholt und die Gewerkschaften haben die Verpflichtung, die kapitalistische Wirtschaft mit aufzubauen und zu erhalten. Gibt es überhaupt eine Wirtschaftsdemokratie? So wie die politische Demokratie seit der Revolution 1918 vollkommen verfallen ist, so wird es auch mit der Wirtschaftsdemokratie ergehen. Sie wird ebenso hantrot machen, weil es unmöglich ist, die vorhandenen Gegensätze zu überwinden. Mit dem Schlagwort „Wirtschaftsdemokratie“ werden abzüglich den Arbeitern Illusionen eingeimpft, um sie von dem rücksichtslosen Klassenkampf abzuhalten. Aber nicht nur das: die Gefahr, die bei der Durchführung einer Wirtschaftsdemokratie, wie sie hier vorgetragen wurde, ist die, daß die Gewerkschaften immer fester an die kapitalistische Wirtschaft gebunden werden und dann ganz naturgemäß den Kampf des Proletariats gegen die kapitalistische Wirtschaft unterdrücken.

Sie Befürworter dieser Art Wirtschaftsdemokratie glauben an die allmähliche Umwandlung, an eine Aenderung der ganzen geistigen Einstellung zu dem Wirtschaftsproblem durch das Eindringen von Arbeiterelementen in die Wirtschaftskörper, in ihre Leitungen. Das ist vollkommen abwegig. Sehen wir uns doch die vielen Arbeiterführer an, die sich in den Wirtschaftskörpern des Staats, der Kommune usw. betätigen, sie haben nicht die kapitalistische Einstellung geändert, sondern umgekehrt, sie haben sich der kapitalistischen Auffassung angegeschlossen. Wer daran zweifelt, der darf sich nur die Schiedssprüche sozialdemokratischer Schlichter, die Maßnahmen sozialdemokratischer Wirtschaftsausschüsse und Handelsminister ansehen und er wird keinen Unterschied von denen der Bürgerlichen finden.

Wenn Jüdel weiter sagt, daß die Methoden Fords in Deutschland nicht eingeführt werden können, so sage ich, daß diese Methoden bereits in Deutschland eingeführt sind und in immer stärkerem Maße eingeführt werden. (Nielsches - Sehr richtig!)

Der beste und einzige Weg, den Einfluß der Arbeiter in der Wirtschaft zu stärken und das Ziel: Überwindung des Kapitalismus und Einführung der sozialistischen Gesellschaft, sind starke Organisation, starke Gewerkschaften nach dem Prinzip der Industriebünde und rücksichtslose Anwendung der Macht der Arbeiterklasse in der Form des Klassenkampfes. Dann, und nur dann, werden wir den Unternehmern unsere wirtschaftlichen Forderungen abtrotzen. Alles andere sind gefährliche Illusionen, deshalb müssen wir die von Jüdel vorgetragene Theorie und auch die vom Bundesvorstand vorgelegten Resolutionen über Wirtschaftsdemokratie ablehnen. (Starker, demonstrativer, Beifall auf den Tribünen.)

Schluß mit den alten Idealen - Wirtschaftsdemokratie das neue Ideal

Zarow legte das, was der ADGB in Wirtschaft mit seiner Wirtschaftsdemokratie will, in wenigen Worten viel deutlicher und klarer dar, als es in den beiden vorherigen Referaten zum Ausdruck kam. Er sagte nämlich: Die Überwindung der großen Hoffnungen, die die Arbeiterklasse an die Resolution

1918 an die Übernahme der politischen Macht durch die Arbeiterführer legte, hat zu großen Enttäuschungen geführt. Diese schwere Enttäuschung ist es auch, die große Massen von Arbeitern in das Lager der kommunistischen Partei geführt hat. Doch wir müssen erkennen, daß wir durch den politischen Umbruch nicht vorwärts kommen, daß aber die Massen sich für Ideale begeistern können und deshalb müssen wir das Schlagwort „Wirtschaftsdemokratie“ in die Massen werfen. (Also, Schluß mit dem Ideal des Sozialismus, der sozialen Revolution - Wirtschaftsdemokratie wird hier ganz offen als das Schlagwort angepöbeln, mit dem man die Massen benehden kann.)

Die „bolschewistische“ Reichsverfassung

S. J. M. A. n. n. begründet den Antrag 73 der Berliner Metallarbeiter, der ausgehend von dem Artikel 165 der Reichsverfassung außer der Bildung eines Reichswirtschaftsrates auch reine Arbeiterkammern verlangt. Er gibt bekannt, daß die Redaktionskommission diesen Antrag zur Ablehnung empfahl, weil der Artikel 165 der Reichsverfassung vom „mündlichen Gedankengänge“ enthalte. S. J. M. A. n. n. stellt fest, daß bei der Schaffung der Reichsverfassung nicht ein einziger Kommunist mitgeholfen hätte und er weit sehr stark für die Schaffung reiner Arbeiterkammern, statt nur paritätischer Wirtschaftskammern ein. Auch in den weiteren Ausführungen weicht S. J. M. A. n. n. sehr stark von der Auffassung Jüdel, Zarow's und Genossen ab, betont, daß es kein erfolgreiches Zusammenarbeiten mit den Kapitalisten in Wirtschaftsorganen geben könne, sondern daß immer die entscheidenden Fragen durch den Kampf ausgetragen werden müssen.

S. J. M. A. n. n., Bremen, tritt ebenfalls auf Grund der Erfahrungen der einzigen Arbeiterkammer in Deutschland, die seit Jahren in Bremen besteht, für reine Arbeiterkammern ein. Ebenfalls S. J. M. A. n. n. Berlin.

L. M. B. (Bergarbeiter), liefert durch Schilderung seiner praktischen Erfahrungen im Reichsrohstoffrat den Beweis, daß, solange die Kapitalisten Besitzer der Werke und Produktionsmittel sind, die Arbeiter keine Erfolge in den Wirtschaftsorganen erzielen können. S. J. M. A. n. n. (Landarbeiter) bringt es selbst unter diesem Tagesordnungspunkt fertig, gegen die Kommunisten zu heben und polemisiert im übrigen gegen die Zoll- und Steuerreform.

Nicht Wirtschaftsdemokratie, sondern Klassenkampf

Mit einem Schlags hörte die bis dahin herrschende Unruhe im Saale auf. als Genoss. Galm

das Wort ergriß. Er legte eingangs dar, daß Prof. Hermberg zwar die Wirtschaft geschildert hat, so wie sie ist, jedoch keinen Weg gezeigt hat, den die Gewerkschaften zur Erlangung der Herrschaft über die Wirtschaft gehen sollen. Jedoch hat Hermberg im Gegensatz zu Jüdel festgestellt, daß im Rahmen der heutigen Gesellschaftsordnung das Ziel der Arbeiterklasse, die Wirtschaft zu führen, nicht durchgesetzt werden könne. Ist es aber überhaupt möglich, in der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft seitens der Arbeiter mit Erfolg an der Wirtschaftsführung teilzunehmen? Wir Kommunisten sagen nein. Das es aber auch Sozialdemokraten gibt die anderer Auffassung als Jüdel sind, das geht aus dem Artikel des S. M. A. n. n. Hauptwort „Mitglied des Schiedsstoff in der „Arbeit““ hervor. Er schreibt dort:

„Damit zeigt sich auch die Schwäche paritätischer Wirtschaftsförderung: Stehen sich beide Gruppen geschlossen gegenüber, so kann es zu keinen Beschlüssen kommen. Der aber die Arbeiter viel leichter auseinanderfallen, als die Unternehmer, so kommen Beschlüsse in der Regel nur auf Kosten der ersteren zustande. Eine wirtschaftliche Demokratie ist auf diese Weise nicht zu erzielen, denn erst müßte der Wille der Unternehmer, keinen Einfluß der Arbeiter auf die Wirtschaft zu dulden, niederkämpft werden. Das wird aber nicht möglich sein, ohne das Eigentumsrecht der Unternehmer zu be- greifen resp. aufzuheben.“

Diese Stellungnahme Schiedsstoff's können wir Kommunisten voll und ganz unterschreiben. Es ist einmal so, daß da, wo die Interessengegensätze zusammenprallen, keine Verständigung möglich ist. Wenn wir als Gewerkschaften uns trotzdem auf die Seite Wirtschaftsdemokratie einlassen, wie sie hier vertreten wurde, dann spielen wir die Rolle des Wertmeisters des kapitalistischen Antreibers in der Fabrik, der zwar auch hier und da mitreden kann, aber im wesentlichen doch nur der Kaut und das Ausbeutungsobjekt des Kapitals ist und dafür nur ein wenig besser bezahlt wird, wie die übrigen Arbeiter, ab und zu auch für besondere Dienste Extravergütung erhält.

Hermberg sowie Jüdel sprachen von der Intelligenz in der Wirtschaftsführung und daß die Arbeiter sich die notwendigen Wirtschaftskennnisse erst durch langjährige Übung und Betätigung in Wirtschaftsorganen erwerben müssen. Nun in Rußland stand die Arbeiterklasse nach dem Sieg in der Revolution, bei Übernahme der politischen Macht ohne intellektuelle Kräfte zur Wirtschaftsführung da. Aber sie haben trotzdem auch das schwierigste Wirtschaftsproblem gelöst, die schwappenden Elemente der Intelligenz wurden von der Macht, die in den Händen der Arbeiterklasse lag, angezogen, stellten sich dieser Macht zur Verfügung. Und solange die Kapitalisten die Macht in Händen haben, werden sie die Intelligenz an sich fesseln, ja werden sie selbst die Arbeiter, die sich durch lange Erfahrung wirtschaftliche Kenntnisse angeeignet haben, an sich fesseln und gegen die Arbeiterklasse ausnützen. Also auch aus diesen sehr wichtigen Erfahrungen folgt, daß es keinen anderen Weg gibt, als den stärksten Kampf gegen die kapitalistische Klasse bis zu ihrer Vernichtung und dann erst eine proletarische Wirtschaftsführung.

Genau interessante Zwischenfälle

Gab es als Genosse Galm zum Schluß mitteilte, daß er zufällig Zeuge eines im Kongressaal geführten Gesprächs zwischen Robert Schmidt und dem Professor Hermberg gewesen sei.

Schmidt sagte zu Hermberg: Ich bin mit Ihrer These, daß es in der deutschen Wirtschaft keine Führung gibt, nicht einverstanden. Darauf antwortete Hermberg: Von einer Führung in der deutschen kapitalistischen Wirtschaft kann man nicht sprechen, soweit eine Führung nach außen in Erscheinung tritt, ist es nur das gegenseitige Vorwärtstreiben der verschiedenen kapitalistischen Interessengruppen. Schmidt bezweifelte demgegenüber über die Möglichkeit einer Wirtschaftsdemokratie und erklärte: Wenn schon eine Aenderung eintreten soll, dann würde ich mich schon lieber für das Sozialistischem entscheiden.

Galm schließt seine Ausführungen mit den Worten: er freue sich, daß die wirklichen Erfolge des Sozialistens in Rußland ihre Auswirkungen selbst auf so rechtsstehende sozialdemokratische Führer, wie Robert Schmidt, ausübten, daß zu einer anderen Auffassung zwingen, eben zu der Auffassung, daß nur eine einseitliche zentralisierte proletarische Diktatur zum Erfolg für die Arbeiterklasse führen kann.

Die Ausführungen des Genossen Galm und ganz besonders seine letzten Mitteilungen erregten ungeheures Interesse auf dem ganzen Kongress, so daß selbst der Vorsitzende sich gezwungen

sah, den Genossen Galm weit länger als zehn Minuten sprechen zu lassen.

Vaeplov, der unmittelbar hinter Galm sprach, demonstrierte durch sein Auftreten recht sinnfällig, daß die alte reformistische Garde unfähig ist, den neuen Geist zu begreifen. Er vertrat den Standpunkt, daß 1000 Bauhütten den Gewerkschaften weit nützlicher wären, als alle schönen Reden und Theorien.

Robert Schmidt befragt

In seinen Ausführungen die Angaben des Genossen Galm über das Gespräch mit Professor Hermberg. Er steht in dem Vordergrund der Kapitalisten auf den verschiedenen Gebieten, wie Steuer- und Zoll-Verlegung, Handelsverträge, Preisänderungen usw. trotz aller Differenzen eine feste kapitalistische Wirtschaftsführung. Er könnte mit Professor Hermberg nicht übereinstimmen. Schmidt befragte auch mit seinem Wort seine von Galm zitierte Äußerung über das Sozialsystem, behauptet aber, daß die Bolschewisten in Rußland wieder den Kapitalismus eingeführt hätten. (Schmidt hat absichtlich verniedert, zu sagen, daß es sich in Rußland um einen Staatskapitalismus handelt, der sich Himmelweit unterscheidet vom Privatkapitalismus. Andererseits hat er, wie alle Sozialdemokraten, wieder von Marx noch von der Geschichte gelernt, daß die nachfolgende Klasse in einer Revolution nur dann den Sieg erringen und behaupten kann, wenn sie den alten Staats- und teilweise auch Wirtschaftsapparat zerstört und einen neuen Apparat an dessen Stelle setzt.)

Zum Schluß verteidigt J. S. I. A. (S. M. A. n. n.) Berlin noch einmal Antrag 73 und setzt sich ein für reime Arbeiterkammern. Schluß der Vormittagssitzung.

Schlussworte

Jüdel bringt in seinem Schlußwort nicht Neues mehr! Er verteidigt im wesentlichen die Wirtschaftsdemokratie im Sinne der Arbeitergemeinschaft. In der Frage des Endzieles wäre er mit den Kommunisten einig, jedoch nicht über den Weg, man müßte sich auf den Boden der gegenwärtigen Verhältnisse stellen. Ein Zusammenarbeiten mit dem Kapital wäre nicht immer Harmonie, jedoch gebe es auch Fragen, wo beide Teile gleiche Interessen haben (!!!)

Professor Hermberg nennt als Ursache für die Differenzen zwischen ihm und verschiedenen Diskussionsrednern, daß er nicht glaubt, daß wir uns schon in einem Uebergangsstadium von der kapitalistischen zur sozialistischen Periode befinden. Er sieht sich besonders mit Robert Schmidt wegen des Begriffs „Wirtschaftsführung“ auseinander, unter der letzterer nichts anderes als die organisierte und behobte Vertretung der Interessen verschiedener Wirtschaftsgruppen meint. Sie von ihm vertretene Wirtschaftsführung sei heute nicht vorhanden, sondern nur das entfernte hohe ideale Ziel der Arbeiterbewegung. Beteiligung an der Betriebsführung sei nicht Ziel des Sozialismus. Auch Wirtschaftsdemokratie sei erst möglich, wenn überhaupt Wirtschaftsführung da ist. Und Wirtschaftsdemokratie setzt eine vollkommen neue Ordnung der Gesellschaft voraus. Wirtschaft als Ziel sei für uns zum Teil Staatssozialismus, zum Teil Syndikalismus, Genossenschaften, Bauhütten, Planwirtschaft und ähnliche Dinge, sei nicht der Weg zu einer Wirtschaftsdemokratie. Er wendet sich schärf gegen die Auffassung Robert Schmidts von seiner diktatorischen „Wirtschaftsdemokratie“.

Zur Abstimmung stehen nur die drei großen, vom Bundesvorstand vorgelegten Resolutionen, und ganz wenige Anträge, darunter der viel umstrittene Antrag 73 des Berliner Metallarbeiterverbandes, der die reine Arbeiterkammer verlangt. Darunter berichtete, daß die Beratungskommission auf dem Standpunkt stehe, daß im Falle der Annahme der Bundesvorstandsresolution der Antrag 73 erledigt sei. Er polemisierte dabei sehr stark gegen S. J. M. A. n. n. und seine engeren Freunde. Es wurde sodann die entscheidende Resolution des Bundesvorstandes über Wirtschaftsdemokratie mit allen gegen 14 Stimmen angenommen. Neben den Kommunisten stimmten mit S. J. M. A. n. n. nur 12 Delegierte des Metallarbeiterverbandes. Ein Zeichen, wie einsam S. J. M. A. n. n. in seinem eigenen Verband steht.

4. Punkt Sozialgesetzgebung

Der Referent Hermann Müller vom Bundesvorstand (nicht zu verwechseln mit dem S. M. A. n. n. Vorsitzenden Hermann Müller) begann seine Ausführungen mit der „Feststellung“, daß für den Rückgang auf sozialpolitischem Gebiet nicht die Gewerkschaften verantwortlich wären, sondern daß die Arbeiter versagt hätten. Er befragte dann die verschiedenen von der Regierung vorgelegten sozialpolitischen Gesetzentwürfe, kritisiert in sehr wohlwollender Weise das Arbeitsgerichtsgezet und sieht in ihm eine brauchbare Basis für die Schaffung eines guten Gesetzes. In der Frage der Arbeitslosenunterstützung tritt er das Prinzip der Arbeitslosenversicherung mit Beitragszahlung durch die Arbeiter und lehnt das Prinzip der Fürsorge ohne Beitragszahlung ab. Er spricht dann noch über Beheimatung des Versicherungswesens und jagt dann zum Schluß:

Wir, die Gewerkschaften sind es, die sich stets der Verantwortung und der Gesellschaft gegenüber bewußt waren, nicht die Kapitalisten.

Wir sind es, die den Damm aufgerichtet haben, gegen die bolschewistische Flut, wir sind es, die Deutschland vor dem Bolschewismus gerettet haben.

Von der Diskussion ist wenig Bemerkenswertes zu berichten. Es sprachen nur Schmidt (Holzarbeiter) Hannover und Lehmann als Vertreter der Krankenfallen.

Ein Intelligenztreich der „Vorwärts“-Berleunder

Der auf dem Kongress gratis vorbereitete „Vorwärts“ vom 1. September berichtete, daß Simon vom Schuhmacherverband ausgeführt hätte, der kommunistische Delegierte Galm wäre erst vor wenigen Wochen in die Gewerkschaft eingetreten. Der Vorsitzende Brandes beteuerte dem Genossen Galm das Wort zur Widerlegung dieses mehr als dummen Schwandels, daß sich aber doch gezwungen, aus dem Stenogramm festzustellen, daß Simon nur gesagt hatte, daß die Sauerbinder-Gruppe in Offenbach, der Galm vorsteht, wäre 1919 aus dem dortigen Ortsratel ausgetreten und erst kurz vor dem ADGB-Kongress wieder eingetreten. In Wirklichkeit sind auch die Angaben Simons Schwindel. Tatsache ist folgendes:

Genosse Galm ist seit seinem 14. Lebensjahr in der Arbeiterbewegung tätig und mit 18 Jahren, d. h. 1912, der Gewerkschaft beigetreten und gehört ihr seitdem ununterbrochen an. Seine Organisation ist auch nicht 1919 aus dem Ortsauschuß ausgetreten, sondern ist 1923 wegen ihrer scharfen Kritik am ADGB wegen dessen Berrat im Oktober 1923 aus dem Ortsauschuß ausgeschlossen worden und allerdings jetzt erst vor kurzem wieder eingetreten.

Dies der Sachverhalt. Schon ein ganz gewöhnlicher bürgerlicher Pressesklavall weiß, daß ein Delegierter auf dem Gewerkschaftskongress mindestens drei Jahre Mitglied der Gewerkschaft sein muß. Nur ein „Vorwärts“-Redakteur braucht etwas Derartiges nicht zu wissen. Aus blindem Haß gegen die Kommunisten liest er seinen Lesern derartige Schwandeleiten auf. Ein Beweis, wie niederträchtig diese notorischen Berleunder über die Kommunisten schwindeln.

Was der Kumpel sagt!

Die letzte Schicht

Vom Turm schließt neun. Draußen heult der Wind
Der Bergmann nimmt Abschied von Weib und Kind.
Der Lohn ist gering, die Arbeit schwer
Stumpfsinnig trösten sie daher.
Auchgemergelt die Knochen.
Nun wandern die andern zur Hängeseilbahn,
Gebeugt Gestalten, mit müdem Gang.
Das Antlitz zerfurcht von Sorge und Not,
Frühzeitig gealtert im Kampf ums Brot -
Die Nachtischicht fährt an.
Ein alter Verbauer im Querschlag schafft,
Drau ist sein Haupt, daß die Kraft,
Gebeugt sein Nacken. Mit ätternender Hand
Hält er ein Teil der Strecke instand.
Kingsum das Verderben.
Er legt die Hölzer, der Stoß wird verpackt,
Er säubert die Strecke, schaufelt und packt.
Der Fährbauer naht, ein rober Patron:
"Vorwärts, Alter, ich für, dir den Lohn!"
Stellung, Stellung.
Der Alte legt die Schaufel fort:
Fährbauer, gehet, verlaßt den Ort.
Führer, und wär's die letzte Schicht,
In guter Gegenwart arbeite ich nicht.
Ich brauche keine Lustigkeit!
Es ist keine letzte, alter Mann,
Denn morgen fahrt ihr nicht mehr an.
Doch vorwärts, Alter, seht ihr nicht,
Wie dort an der Kurve der Stempel brich?
Schleift ihn aus!
Dort wird das grangerfuchte Gesicht,
Bin vierzig Jahre Bergmann, tat stets meine Pflicht.
Er greift zum Hammer. Ein wuchtiger Schlag,
Ein Schrei des Entsetzens - das Hangende brach.
Erub den Verbauer.
Erinnerst du, man grub ihn aus
Und schafft den Schwärzer eben heraus?
Ein Auge brach, er ging zu Grund
Und seine Klüftung der künftige Mund.
Die letzte Schicht!"

Jana Schindler-Schradde

Die Gratismilchmühle

Guido Grub.

(Von unserem Betriebsberichterzatter.)

Hier hat der Herr Bergat Baumann einen Arbeiterverein ins Leben gerufen. Wer bis zum 1. September eintritt, bekommt die Milch gratis. Viele verdienende Kumpels sind auch beigetreten, viele Sozialisten, aber auch ehemalige Kommunisten. Woher in Reich und Glied. Meint ihr, daß die Mägen umsonst sind? Nein, die sind schon lange vom Schwere Gutes Angelechts bezahlt worden. Oder meint ihr, daß ihr alle Kosten bekommt? Auch hier sieht man die Passivität der Arbeiter. Zu den Sozialisten wollen sie nicht hin, da sagen sie, die haben uns verraten und verkauft, zu den Kommunisten wollen sie auch nicht, denn sie haben Angst, für ihre eigenen Kinder und Interessen zu kämpfen. Sie überlassen den anderen den Kampf, sie sagen sich einfach, wenn sie etwas erkämpfen, dann tun sie es auch für uns. Die Hauptsache ist, daß wir im Arbeiterverein sind, in dem "unser Bergat" Vorsitzender ist, da haben wir Vorteile.

Kumpels, wir rufen Euch aber zu: Kehrt diesem Betrug der Räder, verzichtet auf die Gratismilchmühle, schließt Euch dem Roten Frontkämpferbund an und kämpft mit Euren Klassen-Genossen um mehr Lohn und Brot.

Ein Auswanderer...

Schindler.

(Von unserem Betriebsberichterzatter.)

Ein mackerhaftes Antreiberchen herrscht bei der Firma Kade u. Schillingen auf der Heiningrube in Beuthen. Ein Oberhauer und ein Steiger sind durchsich erforderlich, die zwölf Mann starke Belegschaft, welche an einem Arbeitspunkt beschäftigt ist, zu überwachen. Auch von bergpolizeilichen Vorschriften will man nichts wissen. Wenn auch ein Arbeiter zu Unrecht erschlagen wird, da stehen doch Hunderte vor dem Tor, welche in der Fawerkolonie auf Erholung warten. Und diesen Dabeslegen ist am 20. August der Maurer Waltraud aus Hindenburg zum Opfer gefallen, indem er von herabstürzenden Gesteinsmassen erschlagen wurde. Ein junges hoffnungsvolles Realienleben mußte am vierten Tage nach seiner Anlegung auf dieser Anlage den Dabeschick erdulden. Der Braunglückliche hinterließ eine Frau und ein wenige Tage altes Kind. Arbeiter der Heiningrube, erkennt endlich eure Ausbeuter, organisiert Euch in der kommunistischen Partei. Lebet die "Oberleitende Rote Fahne". Kämpft gemeinsam gegen diese Zustände.

Bergmannslos!

Sie Kumpel schreibt uns:

Auf der Kumpel-Grube bei Beuthen O.-S. verunglückte am 26. August der Häuer Solihof. Durch herabfallende Gesteinsmassen wurde ihm der Kopf zertrümmert, Hand und Beine gelähmt. Der Brand ist zu suchen in dem Holzmaße und in der Antreibererei, die auf der Kumpel-Grube herrscht. Auf der Kumpel-Grube verdient der Häuer den fürstlichen Lohn von 4 Mark, der Schlepper von 2,50 bis 3,75 Mark. Den Betriebsräten möchten wir gratulieren, daß sie etwas mehr um die Interessen der Arbeiter zu kümmern, und nicht nur um die Profite, wenn sie auch Nationalisten sind. Als die Arbeiter eine Verammlung abhalten wollten (zur Betriebsrätewahl), wurde diese durch ein Schloß aufgehoben verhindert. So kann man wieder sehen, wie diese Herren alle Angst haben vor den Kommunisten. Der Arbeiter soll ja keine Befugnis zu hören bekommen. Den Arbeitern und Arbeiterinnen von der Kumpel-Grube rufen wir zu: Wählt bei der Betriebsrätewahl nur Kommunisten!

Die Rechtlosigkeit der Betriebsräte

Juchaczewski Gruben.

(Von unserem Betriebsberichterzatter.)

Das Tetra-Präparat des Kumpel-Grubel war der Fährbauer Gruben, nebenbei Kommunisten er. hat endlich eingesehen, wie sein es mit den Arbeitern in der Republik bestellt ist. Grubel war als Betriebsrat nach Beerdigung seiner

Grubenunsicherheit Grubensicherheit

(Von einem Betriebsauschussmitglied.)

Grubens will ich mit meiner 28-jährigen bergmännischen Tätigkeit zuerst schildern. Will anfangen mit der Umstellung der Betriebsräte seit der Kriegszeit bis jetzt. Durch die Arbeit der Bergleuten, welche doch größtenteils ungelernete Bergleute waren, glauben natürlich die Grubenbarone, in alle Zeiten die Betriebe so weiter aufrechtzuerhalten zu können. Ist es nicht das ältere natürlich nachgelassen, daß heute nur noch knapp drei Prozent gelernete Arbeiter in den Betrieben sind. Auch dieses läßt schon ein großer Teil bei zu den Unfällen. Aber es macht sich in letzter Zeit noch etwas mehr bemerkbar, und zwar in einer ganz unerhörten Art und Weise, und das ist die Jagd nach den schwarzen Diamanten.

Welcher Aufsichtsbearbeiter, vom Fährbauer bis zum Betriebsführer, hat noch ein Interesse an der Grubensicherheit, an dem Leben der Arbeitnehmer?

Sehen wir uns die unteren Gruppen der Beamten einmal an. Der Soll (die Förderleistung) lastet doch so schwer auf ihnen, daß alle bergpolizeilichen Vorschriften vergessen werden müssen. Fördert ein Steiger längere Zeit nicht seinen Soll, dann kann derselbe bestimmt damit rechnen, bald einen alauen Brief zu erhalten, in welchem die Kündigung steht, zumal wenn solche Steiger noch Unfälle in ihrem Reviere haben.

Doch anders ist es mit dem Steiger, der sich brüsten kann, Kohlenföhrer zu sein, hat der Unfall in seinem Revier dann doch schon schon beide Augen zu, und zwar nicht allein die Unternehmern, sondern auch die Bergbehörde.

Wodurch ist es nun möglich, die Unfallziffer zu vermindern, und da sage ich, erstens darf es nicht vorkommen, daß Leute, die in ihrem Leben noch nie einen Kohlenpütt von außen, geschweige von innen, gesehen haben, sofort zur Kohlen-gewinnung verbannt werden. Man sollte diese Leute auf die Gefahren, die der Grubenbetrieb mit sich trägt, aufmerksam machen und dieselben dann allmählich an die gefährliche Arbeit der Kohlen-gewinnung und in Schlagwetter bringen. Ferner soll man den Kameradschaften anständige und ausreichende Bedingungen geben, am besten wäre ja natürlich Abschaffung der Akkordarbeit, sagt doch schon ein altbekannter Spruch: Akkord ist Nord. Aber der Moloch Kapitalist ist in seiner Profitgier unerfährlich, nicht achtend der großen Gefahren, die daraus entstehen.

Man sollte ferner abschaffen das Prämien-system für die Beamten, man soll den Steiger wieder Steiger sein lassen und denselben nicht zum Pferdejungen herabdrücken, nebenbei bemerkt, sind die Steiger natürlich selbst Schuld.

Ferner sollte man abschaffen die vielen Fahrsteiger, die sich doch am allerwenigsten um die Grubensicherheit kümmern, sondern denen nur darum zu tun ist, große Kohlenmengen ans Tageslicht zu schaffen um dann bald Betriebsführer zu werden. Eines der größten Verbrechen an der Bergarbeiterenschaft ist die ungeheure Beschneidung der Betriebsräterechte. Das Betriebs-rätegesetz bedarf einer sofortigen Revision, aber nicht durch die Unternehmer, sondern durch die Arbeiter. Nicht zu vergessen ist auch eine Revision des Berggesetzes samt den Akkord-, Berg-inspektoren, Berggräten, Berghauptmann usw. Denn die gefälligen Schiedsprüche an den Berggewerkschaften zeigen doch gar zu deutlich, auf welcher Seite diese Herren stehen.

Man soll auf jeder Schichtanlage Arbeit als Gruben-kontrollleur wählen, die ohne Kontrolle und unabhängig in ihrer Befahrung von den Besessenen sind. Diese Grubenkontrollleure dürfen auch nur von den Wählern des betreffenden Betriebes zurückgerufen werden. Diese Kontrollleure dürfen natürlich nicht dasjenige werden, was die jetzigen Bergrevierinspektoren sind, denn diese haben ja nur nachzuprüfen, ob die Berggesetze ausgeführt werden, aber um die Be-dingeregulierung dürfen sich diese Herren nicht kümmern, und gerade die Bedingeregulierung trägt die größte Schuld der Unglücke in sich. Ferner soll aber von Seiten der Bergbehörde nicht so viel mit Ausnahmebestimmungen herumgeworfen werden.

Das einzige Schichtenlager sind die Ausnahmebestimmungen bald größer als die bergpolizeilichen Verordnungen selbst sind. Jeder werden auch zu oft, sobald eine Notwendigkeit bei den Berg-revieren, wenn größere Unglücke passiert sind, zu hochspannende Gesetze erlassen. Natürlich nur für eine kurze Spanne Zeit, denn hinterher kommen gleich wieder die einzelnen Sonderbestimmungen heraus und schon ist das Gesetz wieder hinfällig. Zum Schluß möchte ich noch sagen, daß jeder Bergmann sich mehr um die bergpolizeilichen Bestimmungen kümmern möge, und nicht so blind drauf los vollern, auch damit kann einem großen Teile der Unglücke Halt geboten werden. Auch müssen die Kumpels zu den von ihnen gewählten Betriebsräten mehr Vertrauen haben und, sobald sie eine Gefahr erblicken, dieselbe melden.

ordnung. Das dem so ist, beweist am besten ihre Politik 1918. Die Macht befand sich damals in den Händen der bewaffneten Arbeiter. Die Arbeiter folgten dem Ruf der SPD. Die SPD war also in der Lage alle das durchzuführen, was sie für notwendig hielt. Wohl prägte sie damals den Satz: "Die Sozialisierung markiert", tatsächlich aber sorgten die Führer für die Einberufung der Weimarer Versammlung, in der die bürgerliche Verfassung, Gesetzgebung erlangte. Das Privateigentum blieb unangetastet und damit all das andere, was zum Bestand der bürgerlichen Gesellschaftsordnung gehört. Durch Aenderung des Schildes "Kaiserreich" in "Demokratische Republik" und der Farben Schwarz-Weiß-Rot in Schwarz-Rot-Gold ist an dem tatsächlichen Bestand der bestehenden Ordnung nichts geändert worden. Der Verlauf der Ereignisse von 1918 bis heute hat gezeigt, daß die SPD, sich als erste Beschützerin der bürgerlichen Republik fühlt.

Der Arbeiterkorrespondent

ist ein zierlicher Kämpfer für die Revolution, nur dass, wenn er regelmäßig und fortlaufend über alle wichtigen Vorkommnisse in seinem Betriebe berichtet. Der Arbeiterkorrespondent ist das Ohr der Zeitung im Betriebe. Ein gut funktionierendes Ohr übermittelt das Gehörte dem Gehirn. Das Gehirn ist in diesem Falle die Rebellion. Handelt also wie ein gesundes, funktionierendes, und nicht wie ein krankes Organ!

Der Arbeiterkorrespondent

ist ein zierlicher Kämpfer für die Revolution, nur dass, wenn er regelmäßig und fortlaufend über alle wichtigen Vorkommnisse in seinem Betriebe berichtet. Der Arbeiterkorrespondent ist das Ohr der Zeitung im Betriebe. Ein gut funktionierendes Ohr übermittelt das Gehörte dem Gehirn. Das Gehirn ist in diesem Falle die Rebellion. Handelt also wie ein gesundes, funktionierendes, und nicht wie ein krankes Organ!

Die Einheitsfront der Bergarbeiter markiert

(Von unserem Waldenburger Arbeiterkorrespondenten.)
Jeder Prolet, der mehr oder weniger aktiv in der Arbeiterbewegung steht, wünscht nichts sehnlicher als die Herstellung der Einheitsfront des Proletariats. Viele Proleten, die nur Mitläufer sind und sich nur oberflächlich mit den Fragen der Politik und Wirtschaft und im Zusammenhang damit mit den Grundfragen und Programmen der Parteien befassen, verfahren ihre Passivität durch den "Brüderkampf" zwischen den Kommunisten einerseits und den Sozialdemokraten andererseits zu entschuldigen. Sie legen ungefähr: "Es hat ja doch keinen Zweck, wenn auch ich mich aktiv an den politischen Kämpfen beteilige, denn solange die Hege der Kommunisten gegen die Sozialdemokraten und der Sozialdemokraten gegen die Kommunisten nicht aufhört, wird sowieso nichts Gutes werden". Viele Proleten, die es endlich mit dem Kampf gegen die Ausbeuter meinen und ihn nicht bloß als Pflicht ansehen, werden bestimmt erleichtert aufatmen, wenn sie von der Vereinigung der Union mit dem Bergarbeiter-Berband hören werden. Einige werden bestimmt aus diesem Anlaß die Hoffnung aussprechen, daß die Vereinigung der kommunistischen Partei mit der SPD, eines schönen Tages ebenfalls vollzogen wird.

Die Einheitsfront der Bergarbeiter markiert

(Von unserem Waldenburger Arbeiterkorrespondenten.)
Jeder Prolet, der mehr oder weniger aktiv in der Arbeiterbewegung steht, wünscht nichts sehnlicher als die Herstellung der Einheitsfront des Proletariats. Viele Proleten, die nur Mitläufer sind und sich nur oberflächlich mit den Fragen der Politik und Wirtschaft und im Zusammenhang damit mit den Grundfragen und Programmen der Parteien befassen, verfahren ihre Passivität durch den "Brüderkampf" zwischen den Kommunisten einerseits und den Sozialdemokraten andererseits zu entschuldigen. Sie legen ungefähr: "Es hat ja doch keinen Zweck, wenn auch ich mich aktiv an den politischen Kämpfen beteilige, denn solange die Hege der Kommunisten gegen die Sozialdemokraten und der Sozialdemokraten gegen die Kommunisten nicht aufhört, wird sowieso nichts Gutes werden". Viele Proleten, die es endlich mit dem Kampf gegen die Ausbeuter meinen und ihn nicht bloß als Pflicht ansehen, werden bestimmt erleichtert aufatmen, wenn sie von der Vereinigung der Union mit dem Bergarbeiter-Berband hören werden. Einige werden bestimmt aus diesem Anlaß die Hoffnung aussprechen, daß die Vereinigung der kommunistischen Partei mit der SPD, eines schönen Tages ebenfalls vollzogen wird.

Nun, das letztere wird niemals eintreten. Die sozialdemokratische Partei ist eine bürgerliche Partei, das heißt sie kämpft nicht für eine neue Gesellschaftsordnung, sondern für Reformen innerhalb der bestehenden bürgerlichen Gesellschafts-

Die Kommunistische Partei will an Stelle der bestehenden bürgerlichen Gesellschaftsordnung die sozialistische setzen. Der Weg zum Sozialismus ist ein langer. Der erste Schritt wird sein die Erareifung der politischen und wirtschaftlichen Macht durch das Proletariat unter Führung der kommunistischen Partei.

Deshalb ist eine Vereinigung zwischen der SPD und der SPD niemals möglich. Sollte die SPD oder Teile von ihr zu der SPD übertreten, so werden sich die Ueber tretenden noch vor dem Uebertritt zu den Grundfragen der SPD befassen müssen.

Anderer liegt die Frage bei den Gewerkschaften. Die Gewerkschaft kämpft nicht unmittelbar für die sozialistische Gesellschaftsordnung, sondern in erster Linie für wirtschaftliche und rechtliche Besserstellung. Weil im Kapitalismus sie ihr unmittelbares Ziel niemals restlos erreichen kann, deshalb unterstützt sie den Kampf der Arbeiterklasse um die Machtergreifung. Wenn das in Deutschland gegenwärtig nicht der Fall ist, so nur deshalb, weil die Gewerkschaftsführer Reformisten sind, die als Angehörige der reformistischen Partei zugleich Anhänger der bestehenden Ordnung sind.

Der Zusammenschluß der Union mit dem Bergarbeiterverband ist erst beschlossen, noch nicht vollzogen, und schon hebt die reformistische Presse a la "Bergwacht": "Die Kommunisten, die etwa sich der Hoffnung hingeben sollten, infolge des unionistischen Zuwachses im Bergarbeiterverband kommunistische Wählerereien veranstalten zu können, werden allerdings eine arge Enttäuschung erleben". Auch das "Volksblatt" in Hindenburg schlägt denselben Ton an. (Anm. d. Redaktion.)

Die Kommunisten regen sich über die Hege der Reformisten nicht auf. Sie wissen, daß die Reformisten bewußt oder unbewußt Gegner der Machtergreifung, Anhänger der bürgerlichen Klasse sind, und als solche gegen die Führer der proletarischen Klasse kämpfen müssen.

Doch müssen wir den Reformisten gegenüber mit aller Deutlichkeit erklären, daß der Beitritt der Kommunisten, die in der Union organisiert werden, zum Bergarbeiterverband nicht den Verzicht auf ihre politische Ueberzeugung bedeutet. Gemeinam mit allen Kameraden der Opposition werden die neu beigetretenen Kommunisten dafür sorgen, daß der Bergarbeiterverband seiner Tendenz nach aus einer reformistischen zu einer revolutionären Gewerkschaft wird. Daran kann und wird die Hege der reformistischen Presse nichts ändern können.

Eine noch so starke Gewerkschaft muß der Arbeiterbewegung gar nichts, wenn sie sich in der Praxis als Stütze der bestehenden Ordnung und als Diener der Kapitalisten erweist.

Lokales

Gita Sozialdemokrat über Sowjetrußland

Zu den Mitgliedern der Arbeiterdelegation, die 48 Tage Sowjetrußland bereisten, gehört auch der Sozialdemokrat Gita Freiberger. Vorstehender der Münchener Betriebsrätevereine, Freiberger, der seit länger als dreißig Jahren der SPD angehört, ging als Delegierter nach Sowjetrußland. Zu tief haben sich die Eindrücke, die ihm von der sozialdemokratischen Presse gegen Sowjetrußland eingeprägt worden waren. Auf der Hinreise gab es zwischen Freiberger und den kommunistischen Rußlandlern mancher heftige Diskussion. Die achtundvierzig Tage in Sowjetrußland überzeugten Freiberger, der seine Reiseberichte selbst wählte und mit Zeitungen von Arbeitern und Bauern sprach, sehr schnell davon, daß er von den sozialdemokratischen Mitgliedern in der gemeinsten Weise über Sowjetrußland belogen worden ist. Freiberger hat am Dienstag vor seiner Münchener Arbeitskollegen über seine Reise berichtet und erklärt, daß er Hunderttausenden von Arbeitern und Bauern ins Gesicht gesehen habe. Nicht nur in Penningrad und Moskau, sondern auch in dem entfernten Ural habe er die große Begeisterung der Bevölkerung für den Sowjetstaat kennen gelernt. Diese Begeisterung ist echt und kann nicht künstlich erzeugt werden. Freiberger behauptete, daß man ausschließlich über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Sowjetrußland und fand mit seinen Ausführungen ungeheuren Beifall.

Heute abend wird Freiberger im Bergkeller der Breslauer Arbeiterkammer einen Bericht über seine Eindrücke in Sowjetrußland geben. Die „Volkswacht“ hat bereits solche Angst vor diesem Bericht, daß sie sich nicht scheut diesen in der Arbeiterbewegung ergrauten Sozialarbeiter als einen Schoten, der sich potentiell die Dämonen vorführen ließ, zu beschimpfen. Nun, daß die Herren Bismarck und Konsorten, die vom Hofstaat der Arbeiterpartei direkt in die Redaktionstube kamen, für den ersten Arbeiterstaat der Welt auch nicht das leiseste Verständnis haben, braucht keinen Arbeiter zu verwundern. Die sozialdemokratischen Arbeiter aber werden es sich trotz der „Volkswacht“-Hebe nicht nehmen lassen, die Freiberger-Versammlung zu besuchen. Auch unsere Genossen müssen heute abend ihre sozialdemokratischen Arbeitskollegen nochmals auf die Versammlung aufmerksam machen und sie unbedingt in die Versammlung mitbringen. Genossen, sorgt durch rege Propaganda für die Freiberger-Versammlung dafür, daß endlich auch in der Breslauer Arbeiterkammer die Wahrheit über Sowjetrußland gegen alle Lügen steht.

Rundgebung und Fadelzug der Gewerkschaften

Am Freitag, den 4. September, findet aus Anlaß des Gewerkschaftstages eine Rundgebung mit Fadelzug der freien Gewerkschaften statt, bei der 2500 Fadelträger, 16 Kapellen und fünf Trompeter- und Hornistenkorps mitwirken.

Auch der Afa-Bund hat seine Beteiligung angemeldet. Die gewerkschaftlich organisierten Sportler treten bei den Sportorganisationen an.

Alle Parteigenossen nehmen am Freitag an diesem Umzug teil, um damit ihren Willen zur gewerkschaftlichen Einheit zu bekunden.

Auch die Frauen der Gewerkschaftler nehmen am Umzug teil. Sie marschieren in jeder Gruppe an der Spitze des Zuges. Die Herren Ruffert und Konsorten haben zwar nichts unversucht, um die Kommunisten von diesem Umzug fernzuhalten. Sie lehnten es ab, den Aufmarschplan auch der Arbeiterzeitung zur Veröffentlichung zu übergeben.

Nun, das kann für die Kommunisten nur ein Grund mehr sein, trotzdem sich vollzählig an dem Umzug zu beteiligen und bei dieser Gelegenheit mit den Arbeitskameraden über den Gewerkschaftstages und seine Arbeiten zu diskutieren.

Sturm in der Faschistenversammlung

Dienstag abend sprach der Faschist Strasser in einer auf Beuchten, meist aus Kleinbürgern bestehenden, öffentlichen Volksversammlung im Schillerpark 2 1/2 Stunden lang für die nationalsozialistische Partei. Donnerete gegen die bürgerlichen Parteien, einschließlich der SPD, und präsidierte seine Parteiparagraphen als allumfassende Helferin aus sozialer Not. Er jag auch gegen den Gewerkschaftstages los und erklärte, daß derselbe sich im Schlepptau der SPD befände.

In der darauffolgenden „freien Aussprache“ wurde die Redezeit auf 10 Minuten festgelegt.

Genosse Janin widersetzte, soweit es in 10 Minuten möglich war den nationalsozialistischen Blödsinn und wies auf die völlige Prinzipienlosigkeit der Faschisten hin, erinnerte an die Millionenübungen, die diese angebliche „Arbeiterpartei“ von den industriellen Scharmachern erhalten und an die tägliche Rolle der Ludendorffer beim Hitlerputsch.

Seine Ausführungen riefen unter den Arbeitern demonstrativen Beifall hervor.

Die Hitlerianer stürzten sich wutentbrannt auf die Demonstranten und versuchten, diese aus dem Saal zu drängen. Volkzeit und Faschisten gingen gemeinsam gegen die Arbeiter vor, die mit dem Gelang der Internationale und Kampfliedern gegen den Faschismus den Saal verließen.

Charakteristisch für die Breslauer SPD-Führer war, daß sie trotz der von Strasser gegen sie gerichteten Angriffe feige blieben. Derselben Führer aber wagen es, kommunistische Arbeiter als „Helfer der Reaktion“ zu beschimpfen.

Der Kampf der Eisenbahner gegen die Reichsregierung

Am 28. August fand in den Zentral-Ballsälen eine öffentliche Eisenbahner-Versammlung statt, einberufen von dem Einheitsverband Deutscher Eisenbahner, zu dem alle Vertreter der übrigen Eisenbahnerverbände eingeladen waren. Thema des Abends war: Stellungnahme zu den abgelehnten Lohn- und Gehaltsforderungen der Eisenbahnerverbände durch die Reichsbahn-Hauptverwaltung. Wegen der weiteren Personalabbau.

Nachdem Kollege Kattner die Versammlung eröffnete und die Tagesordnung bekanntgegeben hatte, erteilte er Kollegen Großmann das Wort zu seinen Ausführungen. Die Rede des Kollegen Großmann war, wie alle früheren Ausführungen, wieder mal eine Feststellung, dabei bleibt es aber auch. Daß die Reichsbahn-WD, wohl nach den letzten Feststellungen in der Lage wäre, die Gehälter und Löhne der Feuerung entsprechend aufzubessern, aber die Herren Aktionäre gar nicht daran dächten, dieses zu tun, ja, sich die Gemeinheit erlaubten, zu erklären, die Eisenbahner müßten froh sein, über den Winter hinaus Arbeit zu haben. Er ging noch auf die Wirtschaftskrise und den kommenden Zoll- und Brotwucher ein. Der Schluß seiner Ausführungen ging dahin, einiger in den Reihen zusammenzufassen, die Gewerkschaften zu stärken im Kampf, der uns noch bevorsteht. Reichelt vom AFB erklärte, daß viele noch Befragungen seien die sie geltend machen, und die Schuld daran tragen, daß wir

noch nicht weiter sind. Man las es an den Gesichtern der Versammelten, daß sie an den Ausführungen dieser Vertreter von Arbeiterinteressen gar kein Interesse hatten. In der Diskussion sprach als erster Kollege Sonnberger, ihm folgte Kollege Dreife. Die Ausführungen, die von diesen beiden Kollegen gemacht wurden, fanden Widerhall in den Herzen der Eisenbahner. Kollege Sonnberger führte u. a. aus: Seit vielen Jahren wird sehr viel geredet, aber was nützt das alles, wenn hinter diesen Reden nicht der ehrliche Wille zur Tat ist. Versammlungen, Protestkundgebungen haben stattgefunden, Resolutionen wurden abgefaßt, höhnisch ist die Bourgeoisie darüber hinweggegangen; nur die Kauf des gesamten Proletariats wird hier Remedur schaffen können. Während in Deutschland die Kohnkämpfe toben, rüßt sich das Gesamtproletariat, sogar die Kolonialländer, zum Kampf gegen den internationalen Kapitalismus. Nachdem er noch die Führer des Deutschen Bergarbeiterverbandes unter die Lupe nahm, die es ablehnten, mit den englischen Bergarbeitern den Kampf international zu führen, und die Zoll- und Steuerpolitik, die erst möglich war mit Hilfe derjenigen, mit denen man seit Jahren in Koalitions-Regierungen und Reichsbanner verbrüder und verschwägert war. Die Zentrale des Vorstandes gaben uns die Gewißheit, daß Kollege Sonnberger den Nagel auf den Kopf getroffen hatte. Im selben Sinne sprach auch Kollege Dreife, und der Beifall betrieß, daß die Kollegen so dachten wie wir. Die letzten zwei Redner versuchten unsere Ausführungen abzuschwächen, aber vergebens.

Sozialdemokrat Freiberger spricht heute abend 7.30 Uhr im Bergkeller über Sowjet-Rußland

Das Spiel mit Menschenleben bei der städtischen Straßenbahn

Zu wiederholten Malen ist auf die unhaltbaren Zustände bei der Straßenbahnhauptwerkstatt hingewiesen worden, und es ist als ein Wunder zu bezeichnen, daß bisher nicht größere Unglücksfälle vorgekommen sind. Als ein Wunder muß es auch bezeichnet werden, daß bei der Explosion der Karbidlampe am 2. d. Ms. im Schweißraum der Hauptwerkstatt die Schweißer mit heiler Haut davon gekommen sind. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß in einem Raum von 9 mal 5 Metern vier Schweißer mit ihren Apparaten (Sauerstoff-Maschinen, die eine ungemein große Explosionsgefahr in sich bergen) arbeiten müssen, wenn ferner die Dreher in diesem Raum die Bandagen erhitzen und aufziehen müssen, außerdem die Ächsen durch diesen Raum transportiert werden, kann man sich ein Bild davon machen, in welcher Lebensgefahr nicht nur die Schweißer, sondern auch die Belegschaften der angrenzenden Werkstätten der Dreherei, Schloßerei und Tischlerei täglich, in ständiger Gefahr stehen. Vor längerer Zeit ist an die Hauptwerkstatt angrenzendes Gelände hinzugekauft worden, und man hätte bereits im Frühjahr durch dieses Gelände den allen gewerbepolizeilichen Vorschriften höhnisch sprechenden Zuständen in etwas wenigstens Abhilfe schaffen können. Nichts von alledem ist geschehen; man führt den Bau der Hauptwerkstatt wohl dauernd im Munde, es geschieht aber nichts, um den Bau zu beschleunigen. Bis zur Errichtung eines solchen können sich Explosionen wiederholen, ob wieder mit dem Resultat, daß nur Fenster scheitern im Oberlicht und Karbidlampen in die Brüche gehen, bleibt abzuwarten. Von Proletenleben wollen wir schon schweigen, denn dies ist für den Unternehmer der billigste, aber auch ausbeutungsfähigste Mittel. Bei der Straßenbahn ist das daraus ersichtlich, daß man der Belegschaft das Gedinge ließ, unfordervoll aufdrängen will, aber einen derartigen Stab von neuen Vorgesetzten von 1, 2 und 3 Stundenlöhnen geschaffen hat, daß sich jeder Arbeiter umsehen muß, bevor er ausruft, um nicht einen Vorgesetzten mit seinem Speichel zu bedecken.

Zum Arbeiterpreffest im Lunaparc

wird uns noch mitgeteilt, daß auch der „Vorkämpfer“ mitwirken wird. Im geistigen Bereich hat sich ein Druckfehler eingeschlichen. Am Abend sollen nicht die Sänger und Sängerinnen, sondern die Tänzer und Tänzerinnen auf ihre Rechnung kommen.

Feuerwerk auf der Radrennbahn

(Verspäteter Bericht.) Am Sonnabend wurde das Feuerwerk der Gebrüder Pinto wiederholt und zwar wurde in erster Linie die Feuerwerkerei in der Radrennbahn veranstaltet.

Besonderen Beifall und Bewunderung fanden die zwölfmal in der Luft platzenden Bomben, bei denen die Farben dauernd wechselten.

Die Gebrüder Pinto waren auf der Höhe ihres Könnens. Fast sämtliche Sitzplätze waren ausverkauft.

Thalia-Strater. „Reisefest.“ Zur Eröffnung der diesjährigen Spielzeit gab man im Thalia-Theater „Reisefest“, eine Komödie von Rühn. Der Inhalt des Stückes eine mehr als Kleinbürgerliche Geschichte, uninteressant. Bei flotterem Spiel wäre es noch erträglich gewesen. An Leistungen ist einzig allein die des Herrn Finl hervorzuheben. Trotz alledem amüsierte sich scheinbar das stark erschienene Publikum und spendete zum Schluß reichlichen Beifall.

Briefkasten

Infolge Raummangel mußten einige Briefe zurückgestellt werden.

Franko, Köpplstraße. Ihr Material werden wir in einem besonderen Artikel verwenden.

„Unbekannter Sozialdemokrat.“ Zuschriften ohne Angabe des Namens haben für uns keinen Wert.

Wignitz. Für die Bolla-Messe. Die hier am 30. August tagende Bezirksversammlung der Dachdecker von Schlesien nimmt einstimmig einen Antrag zu, daß der Zentralvorstand des Boma sich auf dem Gewerkschaftstages in Breslau für die Bolla-Messe der proletarischen Befangenen einsetzt. Er gab seine Zustimmung dafür.

Aus der Provinz

Das Kreistagsgewerkschaftsfest in Hirschberg

Seit vier Jahren war in Hirschberg wieder mal vom Kreistagsgewerkschaftsausschuß ein Kreistagsgewerkschaftsfest beschlossen. Nach altem Brauch in den Vorkriegsjahren wird sich noch jeder ehrliche und überzeugte Gewerkschaftler zu erinnern wissen, daß derartige Feste doch nur immer eine Feiertagsfeier des gewerkschaftlichen organisierten Proletariats sein sollten und aus waren. Eine Unmenge unadhärierender Fabrikanten wurden damals im Zuge mitgeführt, um der Bourgeoisie zu zeigen, daß unter diesen Kampfverbänden das kampfbereite revolutionäre Proletariat marschiert. Wenn beim letzten Gewerkschaftsfest nicht wenigstens zwei rote Fahnen, eine von der SPD, Hirschberg und die andere von der AFD, Ortsgruppe Oranau, dabei gewesen wären, hätte man annehmen können, es wäre ein bürgerlicher Allbalm gewesen. Nun zur Beteiligung im allgemeinen:

Wenn die überaus große Kinderzahl den Zug nicht so vergrößert hätte, wäre der ganze Festzug erheblich aufkommener schmolzen. Die Arbeitskollegen der einzelnen Gewerkschaften waren sehr schwach beteiligt. So hatten sich vom Baugewerksbund von 1700 Mitgliedern nur ganze 80 Mann beteiligt. Vom Fabrikarbeiterverband von 3000 Mitgliedern nur 120. Und bei den übrigen Gewerkschaften war die Beteiligung prozentual noch schlechter. Besonders bedauerlich war es, als man die Streikbrechergarde des Vorkriegsbundes im Festzug marschieren sah, dieselben, die beim letzten Streik der Bauarbeiter in Hirschberg Ostern 1925 ihren Arbeitskollegen beim Kampf gegen das Unternehmertum in den Rücken gefallen waren. Trotzdem nach dem Streik eine Mitgliederbesammlung des Baugewerksbundes beschlossen hatte, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, als bis die Streikbrecher von den Baufestern entfernt sind; was auch durchgeführt wurde. Und die Leitung des Baugewerksbundes ladet diese Garde zur Verschönerung des Gewerkschaftsfestes ein.

Die schwache Beteiligung ist darauf zurückzuführen: Erstens: Der schwarz-rot-goldene Geist unter der glorreichen Kabinregierung und die aufgehende Dämmerung — davon haben die Proleten bald genug. Zweitens: Bei dem Gewerkschaftsfest vor 4 Jahren hatte das Gewerkschaftsstadteil die Jägerkapelle spielen lassen. Dieselben Jäger, in deren Reihen sich Selben befinden, welche beim Rapp-Vulch 9. in Worten neun, Proleten in den Straßen Hirschbergs zur Straße brachten. Sollten das die Proleten schon vergessen haben? Hoffen wir, daß in die proletarischen Massen bald wieder das alte Klassenbewußtsein und revolutionäre Geist einkehren möge.

Arbeiter und Arbeiterinnen, organisiert euch reiflos in den freien Gewerkschaften und helft dieselben wieder mitausbauen zu dem, wie wir Proleten sie in den kommenden schweren wirtschaftlichen Kämpfen als Kampfbundorganisation brauchen.

Rauscha. Ortsausschusssitzung. Zu dem am Donnerstag, den 27. August, stattgefundenen Ortsausschusssitzung lag die Einladung zur AFD-Tagung vor. Diese wurde nach Bewürdigung unserer Genossen abgelehnt. Dann beantragte Genosse Melz a l zum wiederholten Male, daß Besammlungen des Ortsausschusses, welche in der „Örtlicher Volkszeitung“ erscheinen, auch in unserer Zeitung veröffentlicht werden. Dieser Antrag wurde diesmal einstimmig angenommen. Ferner wurde bekanntgegeben, daß in kürzester Zeit der AFD-Sekretär aus Breslau in höchstgelegener Person hier erscheinen wird zu einer Ortsausschusssitzung, um sich vielleicht die abgelehnten erhobten Bezirksbeiträge wiederzuholen.

Wesentliche Volksversammlung. Am Montag, den 24. August, sprach Genossin Hoels in einer Volksversammlung in Rauscha, welche leider sehr schwach besucht war. Genossin Hoels verstand es, ihr Referat „Frauenfragen“ den Anwesenden in klarer und verständlicher Form klar zu machen. Nach der Genossin Hoels sprach Genosse P r ö s s e v - Örtlich. Auch er entlockte sich seines Referats in sachlicher aber auch durchdringender Weise. War die Versammlung auch schwach besucht, einige neue Mitglieder haben wir doch wieder erworben. Auch wurde die „Rote Hilfe“ hier ins Leben gerufen. Genossen, unverzagt, es geht vorwärts!

W. Wignitz

Zur Kenntnis sämtlicher Ortsgruppen und Mitglieder des Unterbezirks Wignitz: Es werden im Laufe eines Monats in der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ die notwendigen Arbeiten des Unterbezirks Wignitz bekanntgegeben, und erüchten die Parteigenossen, uns zu unterstützen, um die Arbeiten des Unterbezirks erledigen zu können.

Zur Beachtung der Wignitzer Parteigenossen: Infolge der Reorganisation der Gruppe finden nicht wie bisher alle acht Tage Diskussionsabende statt, sondern die einzelnen Parteiveranstaltungen werden im Besammlungskalender der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ bekanntgemacht.

W. Görlich

Die Anherbeirückelungen am 6. September finde nicht, wie im Arbeitsplan angegeben wurde, im Felsenkeller statt, sondern im Goldenen Baum, Marktmarkt. Die Konferenz beginnt pünktlich 9 Uhr. Sämtliche Ortsgruppen resp. Ortszellen müssen vertreten sein. — Zu gleicher Zeit findet eine Kommunalvertreterkonferenz statt. Sämtliche Kommunalvertreter des Unterbezirks müssen zur Stelle sein.

Ortsgruppen oder Zellen, welche die Beitragsgelder für den Monat August schon entlohrt haben, können die Abrechnung auf die Konferenz mitbringen.

Wir erwarten, daß in Anbetracht der Wichtigkeit der Konferenz jede Ortszelle oder Gruppe vertreten ist.

Parteiveranstaltungen

Breslau. — Bezirk C. Alle Kassierer müssen bis Montag, den 7. 9. beim Hauptkassierer abgerechnet haben.

Wignitz. Unterbezirk. Sonntag, 6. 9. vorm. 9 Uhr „Reichsbanner“. Dienstag, 8. 9. abds. 8 Uhr Diskussionsabds. „Reichsbanner“. Freitag, 11. 9. abds. 8 Uhr Funktionärsitz.

Roter Frontkämpfer-Bund

Sagan. Freitag, 8. 9. abds. 7 Uhr Kakteten auf dem Friedensplatz. Jahrgeld für die Saganfahrt in mitzubringen.

Sonntag, 6. 9. morgens 6 Uhr Anreiten am Friedensplatz zur Fahrt nach Sagan. Sagan, welche nicht nach Sagan fahren, haben auch zu erscheinen.

Wignitz. Sämtl. Exzellenzen zur Generalkonferenz am Donnerstag, 8. 9. abds. präzis 6,30 Uhr am Lokal „Franko“, Zauwühlstr. 17.

Besammlungsanzeigen

Rote Hilfe. Bezirk S. Wetten. Eine Anwesenheitskartei einzufüllen, ob das ob. halbpoll. sind sofort einzufüllen u. an Rudolf Bette, Breslau 1, Am Rathaus 7, einzufüllen.

Auf zum Weiter-Bressefest am Sonnabend, nachm. 4 Uhr im Lunaparc Saal und Garten

Heraus zum 11. Jugentag!

Schlesien

Am Sonntag, den 6. September, findet in Breslau der 11. Internationale Jugentag statt. Ein Teil der Jugentaggenossen und -genossinnen trifft schon Sonnabend ein. Wir bitten alle Genossen, die in der Lage sind, einen oder mehrere unserer Jugentaggenossen für die Nacht zu beherbergen. Dies ist sofort dem Volkswort über Besatzung zu melden.

Welcher werden wir uns an die Parteimitgliedschaft, und bei der Durchführung des Jugentages tatkräftig zu unterstützen. Wir geben hiermit das Programm bekannt und hoffen, daß das Breslauer Proletariat vor allem die Parteimitglieder, durch Massenbeteiligung an unseren Veranstaltungen so als daß der Kampf der Jugend auch ihr Kampf ist.

Durch die Ankunft des Wetters, die es nicht erlaubt, den Jugentag im Breslauer Naturtheater zu verbringen, wird das Programm wie folgt geändert:

Sonntag früh 10 Uhr: Ausführung in den Zentralballfäden, Westendstraße 50. Es treffen sich die verschiedenen Stadtbezirke am Museumsplatz, Striegauer Platz, Weidplatz, Neumarkt, Weidenburger Platz zum Abschluß zu dieser Veranstaltung, die aus Theaterstücken, Sprechstücken, lebenden Bildern und Regitationen besteht.

Sonntag, 2 Uhr: Treffen an obigen 3 Plätzen, am Neumarkt gemeinsame Eröffnungssitzung, dann Demonstration nach dem Striegauer Platz, dort Schlusssitzung, Vorträgen, Sprechstücken, Sprechstücken und polnische Genossen.

Heraus zum 11. Internationalen Jugentag!

Oberschlesien

Auf zur Massendemonstration!

gegen den kommenden Krieg, gegen politische und wirtschaftliche Unterdrückung, gegen die Prügelstrafe in den Schulen, gegen reaktionäre Stundenpläne, für ein Bündnis mit Sowjet-Russland für internationale Gewerkschaftseinheit, für Jugendrecht und Jugendarbeit, für freie Schule und Schulmaterial

Sonntag, den 6. September 1925

in Bistupitz, Bobref, Jabrze, Hindenburg, Lepzin, Ratibor.

Für das Industriegebiet gilt folgende Anmarschplan:

Anmarschplan

Bobref und Kreis pünktlich 11 Uhr auf dem Marktplatz in Bobref, Jabrze: pünktlich 2 Uhr auf dem Marktplatz an der Proletaratskreuzung und Hindenburg, Walthedorf, Sosnitsa, Walthedorf pünktlich 2 Uhr auf dem Donnerstag-Waldenmarktplatz in Hindenburg.

An diesen Treffpunkten finden öffentliche Jugendversammlungen statt, anschließend Demonstration nach Bistupitz auf den Marktplatz Borsigwerk. Dabei findet nach Eintreffen aller Teile die öffentliche Kundgebung um 4 Uhr nachm. statt.

Thema: Der Kampf der Jugend um die Freiheit.

Referent: Genosse Erwin, im Verhinderungsfalle Genosse Heim.

Nach der Kundgebung findet im Saale des Volkshauses Bistupitz eine revolutionäre Feier statt.

Programm: Wimpelweihe des Jung-Sportklub-Bundes, Ortsgruppe Bistupitz-Borsigwerk, Ansprache, Regitationen, Gesänge, Sprechstücke usw.

Schluß 10 Uhr.

Ratibor und Umgegend treffen sich pünktlich 3 Uhr auf der Kranichs Wiese. Die Genossen des Czieler Gebiets haben sich in Ratibor zu beteiligen.

Reife, Reinitz, Ziegenhals und Umgegend treffen sich am Sonntag vormittag auf der Bischofsforst.

Parteilosen/Erwachsene Arbeiter! Unterstützt die Jugend in ihrem Kampf, es ist auch euer Kampf.

Kommunistischer Jugendverband Jung-Sportklub-Bund

Besitz: 22. Besatz: 22.

Koier: Junagitarum

Gau 22.

An alle jungen Arbeiter Deutschlands!

Zusammen mit der verstärkt einsetzenden Kapitaloffensive, welche sich in besonderem Maße auf das Jungproletariat auswirkt, kann man in der Mehrzahl der gesamten Presse eine verstärkte Kampagne gegen Sowjetrußland feststellen.

Mit ungeheuren Mühen und gefälschtem Material wird versucht, dem deutschen Jungarbeiter das Gerücht über die Lage des russischen Jungproletariats beizubringen. Auf diese Tatsache hin hat der russische Jugendverband einen Aufruf an die jungen Arbeiter Deutschlands erlassen, in welchem das deutsche Jungproletariat zuredet: genauer Untersuchung der russischen Verhältnisse aufgefordert wird, eine Jungarbeiter-Delegation nach Sowjetrußland zu entsenden. Diese Einladung hat eine ungeheure Bedeutung, denn hier wird den einzelnen Organisationen Gelegenheit gegeben, sich durch Tatsachen über den wahren Zustand der Sowjetunion zu informieren. Aber darüber hinaus wird diese objektive Aufklärung des Tatbestandes dazu beitragen, daß das seit Jahren systematisch aufgeschüttelte Fingergeld von der Volkstage des russischen Jungproletariats mit einem Schlag zerstört wird. Die heute einmündigen Millionen umfassende russische Jugendorganisation wird dadurch Gelegenheit geben, uns ihre auf politischem und sozialem Gebiet gemachten Erfahrungen im Interesse der Jungarbeiter aller Länder zu übermitteln. Außerdem wird es für die Frage der Gewerkschaftseinheit ein wichtiger Faktor sein, ob die Millionen des gesamten Jungproletariats den lägenhaften Verheerungen folgen, oder Seite an Seite mit den russischen Jungarbeitern den Kampf um die Einheit der gesamten Arbeiterschaft aufnehmen und eine klare Führung des Klassenkampfes verlangen. Das Jungproletariat Deutschlands kann an diesen Fragen nicht vorbeigehen, sondern muß dazu Stellung nehmen, denn es handelt sich um keine Zukunft, die Zukunft der Gesamtarbeiterklasse.

Die Unterzeichneten übernehmen die Organisation dieser Jungarbeiter-Delegation und fordern daher alle schon bestehenden Einheitskomitees auf, unter Hinzuziehung von jugendlichen Arbeitern sofort an die Organisation von Betriebs-, Gewerkschafts- und öffentlichen Versammlungen zur Vorbereitung von

Jungarbeiter-Kongressen

zu gehen, auf welchen die zur Delegation bestimmten Genossen gewählt werden.

Die Wichtigkeit dieser gestellten Aufgabe spricht für sich selber, deshalb, Jungarbeiter,

Verbündet euch mit der Jungarbeiter-Delegation nach Sowjetrußland!

Berlin, den 1. September 1925.

Einheitskomitee der deutschen Arbeiter-Delegation.

A. B. d.

Einheitsfront von der deutschen internationalen Jugend bis zur SWJ.

Im „Jugend-Vorwärts“ vom 22. August 1925 lesen wir unter der Rubrik „Aus der Bewegung“ folgendes:

Der Ausschuss der deutschen Jugendverbände veranstaltet am 6. und 7. Oktober d. J. in Kassel eine öffentliche Konferenz, die sich mit dem Problem der Freiheit der Jugend unter Zugrundelegung der vom Ausschuss hinsichtlich der Arbeitslosigkeit und der Fragen der Jugend gefassten Beschlüsse beschäftigen wird. Als vorläufiger Tagungsplan:

Wir sind ja neugierig, wie man von seiten des Ausschusses des Deutschen Jugendverbandes das Problem der Freiheit lösen will. Uns genügt die Tatsache festzustellen, daß die Mehrzahl der im Jugend-Ausschuss neben der SWJ vertretenen reaktionären Jugendverbände immer nur den Gedanken des Arbeitsschiedens sich jahres in allen Sonntagen angepriesen und vertreten haben. Den SWJ ein aber rufen wir zu:

Wollt Ihr Euch zusammen mit den Jugendfreizeitsjünglingen in Diskussionen über Freiheit verlieren, die praktisch nur einen Betrag und Ferrar am Jungproletariat darstellen, oder wollt Ihr zusammen mit allen ehrlichen Arbeitervertretern Euch für die Durchführung der freigeberischen Jugenderforderungen einsetzen?

Sipoabteilung „Buterhahn“

So nannten wir nach dem 9. Internationalen Jugentag der 1923 in Orlau stattfand, eine Abteilung der Breslauer Sipo. Und das kam so.

Das Schließliche Jungproletariat versammelte sich im Jahre 1923 zum Internationalen Jugentag in Orlau. Eine stattliche Anzahl Jungarbeiter war dem Ruf der kommunistischen Jugend gefolgt. Verständlich ist deshalb, daß diese Tatsache die Sipo der heiligen Ordnung nicht ruhen ließ. Sipo mußte gefunden werden — und man fand etwas. Daß man sich aber dabei so blamierte, kam uns doch etwas überraschend, gab jedenfalls noch lange nachher Anlaß zu manchem heraklischen Wachen, konnte aber sehr leicht zu schwerwiegenden Ereignissen führen, hätten unsere Genossen trotz den andauernden Provokationen nicht ihre unerlöschliche Ruhe bewahrt.

Früh rückt als erste die Breslauer Ortsgruppe an, lebhaft begrüßt von den Orlauer Jugendgenossen. Bald stellte man sich mit den unterbreiten ankommenden Ortsgruppen des Bezirks zum Demonstrationzug zusammen. Der Weg führte nach dem Ring, dort angekommen taucht plötzlich ein Auto mit den bel und so beliebigen Sipo auf. Mit aller Wucht fährt es in den Demonstrationzug hinein. Ein wilder Leutnant springt herab, glaubt auf dem Kellernhof zu sein. „Der Zug muß aufgelöst werden!“ Unsere Genossen lachen, demonstrieren weiter. Die Sipo ist hell. Das Auto wird wieder in den Zug hineingefahren. Doch heben recken sich Proletenkäufe. Aber unsere Genossen harrten die Ruhe.öhnlich klingt es über den Platz: „Was tut die Polizei, sie steht den hohen Lumpen bei.“ Das Lied erregt bei den Arbeitern, die herumstehen, ungeheure Heiterkeit. Der Sipoer ist entsetzt. „Diese Himmels, nein so was.“ Eine 50 jährige Jungfer heilt wie ein junger Hund, Schreit, weilt. Ein würdiger Papa unterstützt sie. „Ihnen steht nur das Militär.“

Der Leutnant springt mit seinen Helden vom Auto herab. Ein erbitterter Kampf entbrennt um die Fahne der Breslauer SWJ. Der Leutnant kommandiert „Feuer“. Doch man kommt nicht soweit. Endlich hat man die Fahne erbeutet. Unsere Genossen lassen von weiteren Kampf ab, um ein Blutvergießen zu vermeiden. Genosse Richard macht im Anschluß eine kleine Aulofahrt zum Polizeilager. Eneigisch fordert er die Herausgabe der Fahne. Doch nun ist man „Rat“. Nicht Tage bleibt sie gefangen. Dann wird sie den Orlauer Parteigenossen zurückgegeben.

Abends zieht man zum Bahnhof. Es ist noch etwas Zeit. Einige Genossen und Genossinnen versuchen sich in Volkstänzen. Es gelingt sehr schlecht, denn die SWJ hat andere Aufgaben, als das. Doch was ist das?

Auf einmal erscheint Sipo. Teilt in den Kreis der Tanzenden. Doch das stört unsere Genossen nicht. Sie tanzen weiter, um die Sipo herum. Ihre scharfen und militärischen Kommandos werden nicht beachtet.

„Nein ich will nicht haben den da, den da...“ erlöst die Weise des Tanzliedes. Die Sipo wird wild, glaubt sie wird von unten herabgepöbel. Die Genossen tanzen ein Stück entfernt, die Sipo immer hinterher. Ungeheure Heiterkeit herrscht wieder. Aber man kommt außer Atem. „Sofort aufhören zu tanzen“, lautet das Kommando der Sipo. Einige Minuten werden die Grünen noch geärgert, dann fährt man ab. Wieder hatte die Sipo eine Heldentat verbucht, wir aber freuen uns später noch über die Blamage, die diese Hüter der Ordnung erlitten hatten.

Sonnenfisternis bei der Regentmantelfabrik Lafotos-Gesel

Die von der SWJ und SWJ mit solch herrlichen Eifer umgebene Dollarkasse des Sachverständigenautachens hat sich auch bei dieser Firma verfußt. Wohl gab es eine Zeit, da schien sie mächtig für den — Unternehmern, da mußten die Arbeiter 11 und 12 Stunden arbeiten. Und während der Unternehmern den Profit einheimste, fielen die jungen Arbeiterinnen häufenweise der Profitgier zum Opfer. An einem Tag allein wurden bei der durch das Akkordsystem bedingten Auspumpung des menschlichen Körpers sechs Arbeiterinnen o h n m ä c h t i g. Heute aber arbeitet man nur 24 Stunden in der Woche. Wie sieht dann der Lohn 18 jähriger Arbeiterinnen aus?

24 Stunden a 29 Pfennige gleich 6,96 M.
Da 2 1/2 - 3 Gd. Weg am Tag: Straßenbahn 1.- M.
Bleibt 5,96 M.

Davon soll das Kostgeld gezahlt, Verbandssbeitrag geleistet und sonstige Ausgaben bestritten werden. Schuld daran ist der reformistische Betriebsrat, der als emer der ersten 11-12 Stunden arbeitete und nun besteht. Erst dann wird auch bei Lafotos besser werden, wenn an Stelle der Reformisten ehrliche revolutionäre Betriebsräte stehen, die den Kampf für die einfachsten Rechte der Arbeiterschaft aufnehmen. Helft mit!

TASCHKENT

DIE BROTREICHE STADT

ALEXANDER NEWEROW

11 NEUER DEUTSCHER VERLAG — BERLIN W 3

Es wurde ihm schmal von den schweren Gedanken, die sich lastend über ihn gelagert hatten, der Kopf wollte ihm schlingern. Mischa brangte sich durch den Bohrturm durch und trat auf den Beton.

Unter den Wagen sah er Wanja mit den krummen Beinen, dem er die Strotrinden weggeschoben hatte, und noch einen anderen Jungen namens Betla. Sie saßen an einem trockenen Plätschen neben einem Rad, halb schlafend, halb nachdenklich.

Auch Wanja erkannte seinen Rivalen von heute nachher, sagte triebfertig:

„Arbeits zu uns!“

„Wom das?“

„Kannst dich bei uns ein wenig wärmen.“

Mischa setzte sich neben das Rad hin, erzählte von Serjoscha, von Serjoschas Durchfall, davon, wie sie sich verabredet hatten, einander nicht im Stich zu lassen. Serjoscha selbst laugt nicht wie, versteht nicht, sich durchzuschlagen, so daß er, Mischa, für beide sorgen muß. Heute hat er fünf Stücke erbeutet, wollte er aber, hätte er alles für sich nehmen können.

Wanja sah ihn unter den Augenbrauen hervor an.

„Da vertraut wohl deiner Krast?“

„Soll ich etwa der nicht vertrauen? Gib mir jetzt zu essen, und ich will es gegen zwei aufnehmen.“

„Kannst du? Gib mir zu essen, dann gehe ich auch gegen zwei.“

Betla betrachtete Mischa und fragte mit blühenden Augen: „Wirst du es auch gegen anderen Serjoscha aufnehmen?“

„Wie alt ist er denn?“

„Er wird dreizehn.“

„Auch ein Kerl! Ich nehme es mit einem Erwachsenen auf.“

Betla ärgerte sich: Der hat vor zweien keine Angst! Er stieß mit dem Ellenbogen wie ohne Absicht, trat Mischa gerade in die Wade.

Mischa hob seinen Sad zurecht.

„Was schlägst du?“

„Und du?“

„Sieh zu, ich geb dir eins, dann liegt dir.“

Wanja stieß ihn mit dem Bein zurück.

„Sei nicht frech!“

Betla hielt schon die Fäuste bereit.

„Wanja, gib ihm für die Prostitution.“

Unter dem Wagen gerieten die drei aneinander, der entfauchte, dumpfe Haß ließ sie lange miteinander kämpfen. Wanja mit den schlammigen Nägeln zertrat Mischas Nase. Doch Mischa blieb ihm nichts schuldig, er umklammerte seinen Kopf so fest und presste ihn so hart, daß Wanja omeischte wie eine Maus.

12.

Am Mittag kam ein Zug, kein Bayernzug, sondern mit guten Wagen.

Die Bayern durften nicht mit.

Wanja und Betla wurden hinausgeschmissen, drei Mädchen zur Ischka geführt.

Ohne Fährchen!

Mischa hatte Glück gehabt.

Er trieb sich die ganze Zeit neben der Lokomotive mit den hohen, roten Rädern herum, kletterte eine Stufe hinauf. Er wäre sicher davongefahren, doch wirbelten durch seinen Kopf allerlei Gedanken.

„Hast deinen Kameraden im Stich gelassen. Den kranken Kameraden!“

Die Räder der Lokomotive begannen sich zu drehen, noch schneller die Gedanken in seinem Kopfe zu wirbeln.

„Seht ihn im Stich gelassen, im Stich gelassen!“

Mischa sprang von der Stufe hinunter, weinste fast vor Mergel.

„Wo hast du dich bloß mit dem zusammengetan?“

Die Lokomotive mit den roten Rädern war fort, es blieb nur die Schiene nach ihr.

Serjoscha lag in der Sonne hinter dem Stationsgebäude, letzte knappfüßig mit der entzündeten Zunge seine Lippen. Sein Gesicht war eingefallen, die Nase trat hart hervor.

Mischa setzte sich neben den Kameraden, schüttelte den Kopf, nahm das Lappchen aus dem Sad, tat eine Prise Salz auf die Zunge, verzog das Gesicht, wandte sich langsam der Wagen. Nahm die Nähe ab, stand eine Weile unter dem Fenster eines Wagens, ging weiter. Hab Kartoffelschalen auf, die im Schmutz lagen, bewegte schwer die hungrigen Kiefer.

Ein bitter Geräusch von Rohkruppe mit Hammelsteisch drang zu ihm.

Wieder zog Mischa die alte Nase.

„Tauschen, gib eine Kleinigkeit für einen kranken Jungen!“

„Für wen?“

„Für einen Kranken!“

„Nach, daß du wegstommst, wenn du nicht willst, daß ich dir die Augen vollschütte. Reinen Augenblick Ruhe hat man vor euch Teufelsbrut!“

Mischa schaute auf, sagte nichts, ging am allerleichten Wagen vorbei, setzte sich auf die dünne, helle Schiene.

Sein seliger Vater pflegte zu sagen:

„Unserer soll stets hergeben, aber kriegen tut unser einer nie was.“

Mischa drückte den Kopf mit beiden Händen, erstarrte zu Stein.

Da kam auf ihn eine Städtische zu, mit einem weißen Tuchlein um den Kopf, eine barmherzige Schwester. In der Hand hielt sie ein großes Stück Schwarzbrot. Wurde ihr etwa von selber klar, daß Mischa großen Schmerz litt, oder hatten Mischas Augen diesen Schmerz verraten?

„Wohin reißt du, Junge?“

Die freundliche Stimme erwärmte ihn, als hätte man ihn mit warmem Wasser aus einem Krug begossen. Er sah ihn ins Gesicht, sie lachte nicht, die Augen waren voller Teilnahme. Ohne lange nachzudenken, legte Mischa los und erzählte ihr alles, wie in der Beichte. Er hatte sich mit einem Kameraden verabredet, zusammen nach Taschkent zu fahren; einander unterwegs nicht im Stich zu lassen. Der Kamerad ist aber etwas krank geworden, und niemand gibt ihnen ein Stückchen Brot. Er, Mischa, möchte schnell weiterfahren, kann aber den Kameraden nicht im Stich lassen. Bleibt der allein, dann geht er zugrunde, ist sehr unerfahren. Ist bisher nirgendwohin aus dem Dorf herausgekommen, fürchtet sich vor Lokomotiven.

„Woran ist er denn erkrankt?“

„Er hat Durchfall von schlechtem Wasser und so was wie Fieber.“

„Zeig ihn mir.“

Sie kamen hinter das Stationsgebäude, wo Serjoscha auf der Erde lag. Mischa sagte:

„Da, schau her!“

Die Städtische sah sich Serjoschas Bauch an, sagte:

„Er hat Lapphus und wird es bei dir sicher nicht aushalten.“

„Was soll denn mit ihm jetzt geschehen?“

Die Städtische dachte nach, sagte:

„Unter Wagen ist voller Kranter, doch wird man ihn hinlegen müssen. Auf der nächsten Station schaffen wir ihn ins Krankenhaus. Bist du einverstanden?“

(Fortsetzung folgt.)